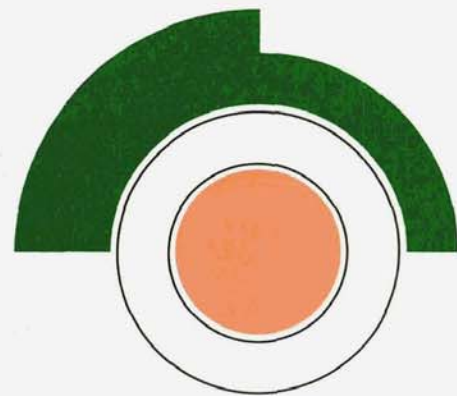


# Nordrhein-Westfalen Landtag intern 7



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 26. Jahrgang, 11. Wahlperiode, 4. 4. 1995

## WORT UND WIDERWORT

### Muß die Pflegeversicherung neu diskutiert werden?

Trotz eines in der Öffentlichkeit zu Recht kritisierten Antragsstaus müsse die Pflegeversicherung in ihren Grundsätzen nicht neu diskutiert werden. Die SPD wolle mit einem Landespflegegesetz die Pflegeversicherung für Nordrhein-Westfalen umsetzen und so die weitere Entwicklung der pflegerischen Infrastruktur im Lande sicherstellen. Man rechne zur Sommerpause mit einem Referentenentwurf. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Horst Vöge**. Der CDU-Abgeordnete **Hermann-Josef Arentz** betont, statt die Pflegeversicherung dauernd in Frage zu stellen, sollten sich alle Beteiligten anstrengen, damit die Pflegeversicherung Erfolg habe. Das gelte insbesondere für die Bundesländer, denn die hätten die Pflicht übernommen, die notwendige Pflegeinfrastruktur zu schaffen. Man brauche endlich ein Landespflegegesetz. Die F.D.P.-Abgeordnete **Waltraud Wietbrock** unterstreicht, Startprobleme möge es immer wieder geben, bei der Pflegeversicherung seien diese jedoch eklatant. Dennoch rate sie zur Gelassenheit und dazu, diese Art der Versicherung jährlich neu auf den Prüfstand zu stellen. Nur so könne eine Entwicklung praktisch hin zum Vollkasko-Staat durch Kontrolle einigermaßen verhindert werden. Der GRÜNE-Abgeordnete **Daniel Kreutz** schließt, die Arbeitgeberlobby habe einen historischen Bruch mit dem Prinzip der solidarischen Finanzierung der Sozialversicherung durchsetzen können: Die abhängig Beschäftigten seien per arbeitszeitverlängerndem „Feiertagsklau“ auch für die Arbeitgeberbeiträge haftbar gemacht worden. (Seite 2)

## Die Woche im Landtag

### Burgfrieden

Ohne „Burgfrieden“ zwischen politischer Mehrheit und Opposition ist eine echte Modernisierung der Landesverwaltung nicht möglich. (Seite 3)

### Garzweiler

Der Landtag hat mit deutlicher Mehrheit dem Braunkohletagebau Garzweiler II und damit dem Aufschluß des größten europäischen Abbaufeldes zugestimmt. (Seite 5)

### Wahlkreise

Der Landtag hat das Wahlkreisgesetz, das für die Landtagswahl im Jahr 2000 gelten soll, mit Mehrheit verabschiedet. (Seite 6)

### Weiterbildung

Mit der Einführung des Hochschulrundfunks im Land ergeben sich für die Weiterbildung, national und international, große Chancen. (Seite 8)

### Studentenschaft

Um die Zuständigkeit der Studentenschaft für die Belange der Studierenden ging es bei einer Anhörung des Wissenschaftsausschusses. (Seite 9)

### Neuorganisation

Abwartend positiv zeigten sich die Sprecher in ihrem Urteil über erste Erfahrungen mit der Neuorganisation der Kreispolizeibehörden. (Seite 10)

## Ausbau von Essen/Mülheim zum Regionalflughafen

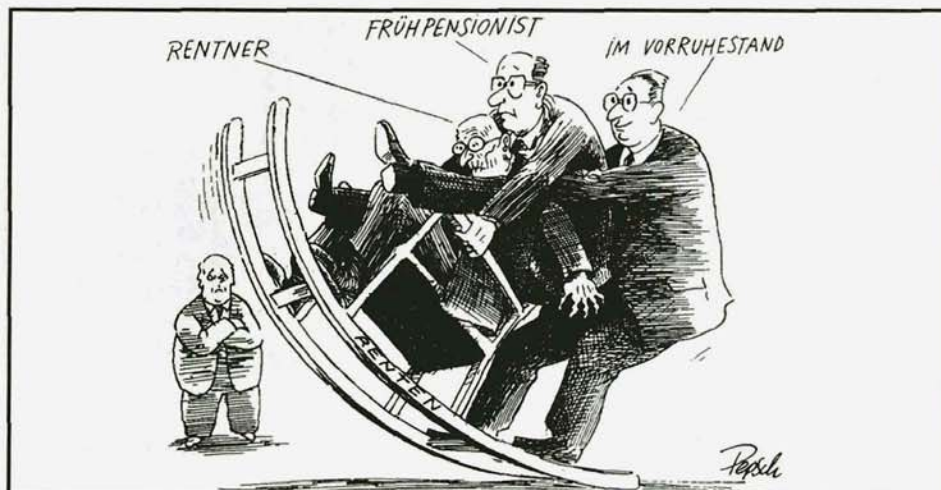
### Position des Landes bekräftigt

Die Luftverkehrskonzeption der Landesregierung sei am 2. Juli 1992 „mit übergroßer Mehrheit“ im Landtag angenommen worden. In ihr sei der Ausbau des Flughafens Essen/Mülheim zum Regionalflughafen enthalten. Darauf verwies Verkehrsminister Franz-Josef Kniola (SPD) in seiner Antwort auf eine Mündliche Anfrage der Grüne-Abgeordneten Gisela Nacken.

Der Minister stellte im Landtag klar, anlässlich der Beratung des Landesentwicklungsplans in der letzten Sitzung des Verkehrsausschusses sei die Luftverkehrskonzeption mit dieser Aussage ausdrücklich „mit übergroßer Mehrheit“ bestätigt worden. Die Landesregierung fühle sich an Beschlüsse des Landtags gebunden.

Frau Nacken hatte darauf hingewiesen, daß die Städte Mülheim und Essen lange vor Ablauf des Pachtvertrages erklärt hätten, den Flughafen nicht weiterbetreiben zu wollen. Da das Land NRW als Gesellschafter andere Ziele verfolge, versuche es bis heute alle Instrumente anzuwenden und die beiden Gesellschafter Essen und Mülheim am Ausstieg zu hindern.

Die F.D.P.-Verkehrsexpertin Marianne Thomann-Stahl hielt den Kommunalpolitikern beider Städte vor, sie versuchten eine vom Steuerzahler finanzierte Infrastrukturanlage in den Konkurs gehen zu lassen.



Strapaziertes System

Zeichnung: Gottscheber (Kölner Stadtanzeiger)

## WORT UND WIDERWORT

# Pflegeversicherung sollte rasch umgesetzt werden

Von  
Horst Vöge

Trotz eines in der Öffentlichkeit zu Recht kritisierten Antragsstaus muß die Pflegeversicherung in ihren Grundsätzen nicht neu diskutiert werden. Mitverantwortlich für die Probleme ist das Bundesgesundheitsministerium. Erst im November wurden die Begutachungskriterien erlassen. Ein Gutteil der Kritik müssen zudem die Kassen tragen: Es wurde weder deutlich mehr Personal eingestellt, noch wurde es gebündelt eingesetzt. In unserem Land leben etwa 350 000 pflegebedürftige Menschen. Rund 230 000 werden in ihrer Wohnung versorgt. Derzeit sind ca. 4 500 ambulante Pflegedienste in NRW tätig. Das ergibt einen Schlüssel von 1:1750. Weiterhin stehen 122 000 Heimplätze zur Verfügung. Das ist – von einigen lokalen Ungleichverteilungen abgesehen – ausreichend. Defizite gibt es derzeit bei der Tages- und Kurzzeitpflege. Bereitgestellte Haushaltsmittel wurden kaum abgerufen, da spätere Betriebskosten nicht abgesichert waren. Die Pflegeversicherung wird dies ändern. Die Umsetzung der Pflegeversicherung wird in NRW durch folgende Maßnahmen zügig und solide durchgeführt:

### SPD: Pflegeversicherung in NRW zügig und solide durchgeführt

— Eine pflegerische Infrastruktur muß geschaffen werden, Vorrang hat jetzt der Ausbau der Tages- und Kurzzeitpflege.

- Im Landespflegeausschuß werden alle Fragen im Zusammenhang mit Finanzierung, Betriebs- und Pflegeeinrichtung mit den Verantwortlichen beraten.
- In der Schiedsstelle sollen Fragen zu Rahmenverträgen und zur Ausgestaltung der Pflegesätze zwischen Kasse und Trägern entschieden werden.
- Das Land fördert modellhafte Pflegekonferenzen in einzelnen Kommunen oder Kreisen. Sie sollen zum Motor der Verzahnung des pflegerischen Angebots vor Ort werden.

Weiterhin geht es um Gestalt und Inhalt eines Landespflegegesetzes. Wir wollen mit diesem Landespflegegesetz die Pflegeversicherung für NRW umsetzen und so die weitere Entwicklung der pflegerischen Infrastruktur in unserem Lande sicherstellen. Wir gehen davon aus, daß zur Sommerpause ein Referentenentwurf vorliegen wird.

Allerdings muß auch die Bundesregierung ihre Hausaufgaben möglichst schnell erledigen: Es fehlen z. B. Verordnungsermächtigungen in verschiedenen Bereichen. Die Pflegeversicherung ist eine wichtige Reform. Mit ihr wurde eines der drängendsten sozialpolitischen Probleme angepackt und langfristig gelöst.

Von  
Hermann-Josef Arentz

Die Pflegeversicherung ist gerade einmal seit drei Monaten in Kraft. Richtig los geht es erst am 1. April. Mit der ersten Stufe der Pflegeversicherung erhalten dann die Pflegebedürftigen Leistungen zur häuslichen Pflege. Die zweite Stufe mit Leistungen zur stationären Pflege folgt am 1. Juli 1996.

Anlaufschwierigkeiten sind bei einem so großen, neuen Gesetzeswerk selbstverständlich. Wer jetzt schon fundamentale Veränderungen der Pflegeversicherung fordert oder vom „Pflegechaos“ redet, der versteht entweder nichts von der Sache oder gehört zu denen, die die Pflegeversicherung von vornherein nicht wollten. Statt die Pflegeversicherung dauernd in Frage zu stellen, sollten sich alle Beteiligten an der Pflegeversicherung anstrengen, damit die

### CDU: Länder sollten sich anstrengen

Pflegeversicherung Erfolg hat. Das gilt insbesondere für die Länder, denn die haben die Pflicht übernommen, die notwendige Pflegeinfrastruktur zu schaffen.

In Nordrhein-Westfalen sind in diesem Bereich noch viele Fragen ungeklärt, weil die SPD-Regierung ihre pflegepolitischen Hausaufgaben bis heute nicht gemacht hat. Ungelöst ist die künftige Sicherstellung der Arbeit der Sozialstationen, die Beseitigung des Mangels von über 10 000 fehlenden Tages- und Kurzzeitpflegeplätzen und die qualitative und quantitative Weiterentwicklung der stationären Heimpflege.

Die CDU fordert seit über einem Jahr die rasche Umsetzung der Pflegeversicherung in Nordrhein-Westfalen. Statt neuer Grundsatzdiskussionen über die Pflegeversicherung brauchen wir endlich ein Landespflegegesetz, in dem die Finanzierung und der Bedarf der unterschiedlichen Pflegehilfsmöglichkeiten geregelt werden.

Von  
Waltraud Wietbrock

Wenngleich sich die von der F.D.P. immer wieder vorgetragene Skepsis in Sachen Pflegeversicherung nun als gerechtfertigt erweist und schwerste Bedenken gegen die sogenannte fünfte Säule des Systems der Sozialversicherungen von vielen nach wie vor einfach nicht zur Kenntnis genommen werden, so sollte das alles hier und heute (noch) nicht als Begründung dafür dienen, die Pflegeversicherung neu zu diskutieren.

Zum 1. April 1995 tritt bezüglich der Leistungen die erste Stufe der Leistungsgewährung – nämlich für die häusliche Pflege – in Kraft. Dies, nachdem bei der Beitragszahlung quasi eine Vorlauffrist von drei Monaten gegolten hatte. Noch davor – also während des Jahres 1994 – hatte die Bürokratie eine operative Betriebsamkeit entfaltet,

### F.D.P.: Entwicklung zum Vollkasko-Staat verhindern

die derzeit noch anhält. Die von der F.D.P. befürchtete Verregulierung und die damit einhergehende Papierflut haben die Bürger des Landes inzwischen erreicht. Darüber hinaus ist zu verzeichnen, daß die insbesondere für den Bereich der mittelständischen Wirtschaft befürchteten Belastungen unbefriedert eingetroffen sind.

In diesen Tagen berichteten die Medien, viele Anspruchsberechtigte erhielten die Leistungen mit erheblicher Verspätung. Ein großes Bangen – so hieß es – habe eingesetzt, und es wäre ein Streit um das bestehende Chaos bei der Pflegeversicherung entstanden.

Startprobleme mag es immer wieder geben, bei der Pflegeversicherung sind diese jedoch eklatant. Dennoch rate ich zur Gelassenheit und dazu, diese Art der Versicherung jährlich neu auf den Prüfstand zu stellen und die Notwendigkeit zu diskutieren. Nur so kann eine Entwicklung hin praktisch zum Vollkasko-Staat durch Kontrollen – wenigstens einigermaßen verhindert werden.

Von  
Daniel Kreutz

Die Probleme, Enttäuschungen und Verunsicherungen, die das neue Gesetz für Pflegebedürftige wie Pflegende gebracht hat, noch bevor eine Mark an Leistungen floß, bestätigen die Kritik, die BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN von Beginn an daran hatten. Deswegen muß die Pflegeversicherung dringend neu diskutiert werden.

Im Kern handelt es sich bei dem von einer informellen Großen Koalition vereinbarten Gesetz nicht um Sozialpolitik, sondern um Finanz- und Wirtschaftspolitik: Ein Großteil der Pflegekosten, die bisher aus öffentlichen Mitteln (Sozialhilfe) finanziert wurde, wird nun von den Bürgerinnen und Bürgern als Versicherungsgemeinschaft bezahlt. Die seit 20 Jahren diskutierten fachlichen Anforderungen an die Absicherung einer besseren Pflege wurden fast gänzlich mißachtet. Bis zu knappe einer Million Menschen, die zwar auf Hilfe angewiesen sind – und zwar weniger als 90

### GRÜNE: Für Beiträge der Arbeitgeber haftbar gemacht

Minuten täglich – erhalten keine Leistungen, müssen aber Beiträge zahlen. Die Versicherung trägt für die meisten Leistungsberechtigten nur einen Teil der Pflegekosten, der andere Teil muß weiterhin privat oder durch Sozialhilfe getragen werden. Die Menschen, die zu Taschengeldempfängerinnen und -empfängern wurden, werden dies bleiben.

Zudem konnte die Arbeitgeberlobby einen historischen Bruch mit dem Prinzip der solidarischen Finanzierung der Sozialversicherung (je 50 Prozent Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeitrag) durchsetzen: Die abhängig Beschäftigten wurden per arbeitszeitverlängernden Feiertagsklausur auch für die Arbeitgeberbeiträge haftbar gemacht. Entgegen den Mogeletiketten, mit denen die Pflegeversicherung versehen wurde, ist sie ein Meilenstein auf dem Wege zum Ausstieg aus dem Sozialstaat.

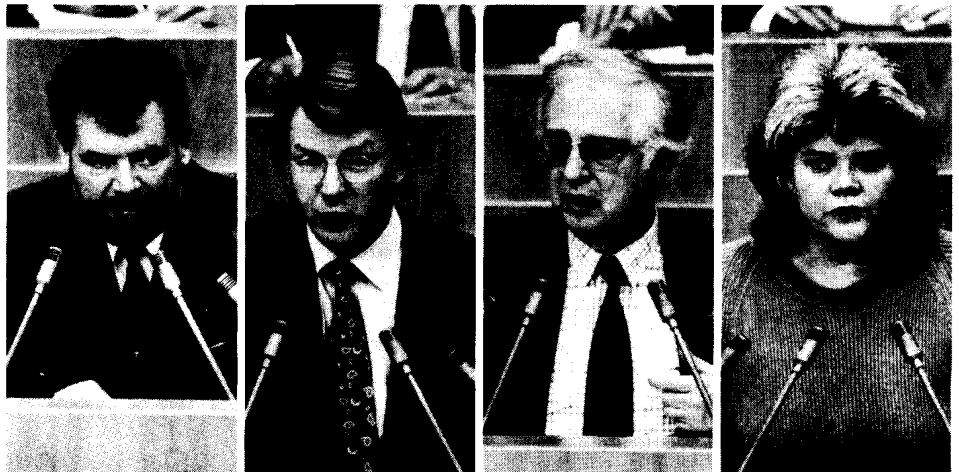
In den Mittelpunkt einer neuen Debatte gehört die Aufgabe, den im Einzelfall bestehenden Bedarf alter wie behinderter Menschen an Pflege und Unterstützung für ein menschenwürdiges und selbstbestimmtes Leben solidarisch abzusichern.

## Verwaltungsreform

### Nach der Wahl Behördenleitbilder

Neun Anträge aus den Fraktionen, eine Große Anfrage der SPD und drei Entschließungsanträge lagen der Aussprache über ein „Verwaltungspolitisches Leitbild für die Modernisierung der Verwaltung in NRW“ am 29. März zugrunde. Den gleichlautenden ersten SPD-Antrag erklärte die Mehrheit, ebenso wie einen früheren F.D.P.-Antrag, für erledigt und nahm den gemeinsamen Antrag von SPD und F.D.P. „Konzeption für die Modernisierung der Verwaltung in NRW“ (Drs. 11/8551) gegen das Votum von CDU und Grünen an. Alle vier Fraktionen stimmten dem interfraktionellen Antrag „Für mehr Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung“ (Drs. 11/8637) zu, die übrigen Anträge wurden teils abgelehnt, teils erledigt oder zurückgezogen.

**Ulrich Schmidt** (SPD), Vizepräsident und Vorsitzender des Ausschusses für Verwaltungsstrukturreform, erinnerte an den Auftrag des Ausschusses, angesichts knapper Kassen, zunehmender Standortkonkurrenz und wachsender Anforderungen der Landesverwaltung einen deutlichen Innovationsschub zu ermöglichen. Mehr Wirtschaftlichkeit, neue Steuerung, Kundenorientierung, Rechtsreformen und ein besseres Personalmanagement seien überwiegend gemeinsame Ziele gewesen. Das Gelingen der Reform bedürfe des Burgfriedens zwischen Mehrheit und Opposition. Mitarbeite-



Ohne Burgfrieden zwischen Mehrheit und Opposition keine Verwaltungsreform, v.l. Johannes Pflug (SPD), Franz-Josef Britz (CDU), Dr. Achim Rohde (F.D.P.), Dr. Katrin Grüber (GRÜNE).  
Fotos: Schälte

rinnen und Mitarbeiter müßten einbezogen, die Reform aber auch von der Chefetage unterstützt werden. Leider habe der Ausschuß keinen gemeinsamen Antrag zustande gebracht. In der nächsten Wahlperiode solle sich ein „Verwaltungsreformausschuß“ mit der weiteren Arbeit befassen.

**Johannes Pflug** (SPD) hielt ein Zeitfenster von drei bis fünf Jahren für die entscheidende Reformphase für wichtig, wenn nicht alles im Sande verlaufen solle. Verwaltungsreform sei bereits ein ständiger Prozeß gewesen. Bei vielleicht steigenden Steuereinnahmen sei abnehmendes Interesse der Ressorts zu befürchten. Nach der Jahrtausendwende würde es dann die nächste Krise mit betriebsbedingten Kündigungen auch im öffentlichen Dienst geben. Deshalb müsse

die Reform zum Anliegen aller werden. Der Ausschuß habe sich mit Ablauforganisation und Aufgabenkritik beschäftigt, um dann zu einer veränderten Organisation zu kommen. SPD und F.D.P. hätten sich auf ein gemeinsames Konzept für die Verwaltungsmodernisierung geeinigt und wollten eine lernende, zur Selbstinnovation fähige, schlanke, effektive und effiziente Verwaltung. Der Reformprozeß müsse ergebnisoffen sein.

**Franz-Josef Britz** (CDU) führte aus, der CDU seien acht Punkte wichtig. Die Verwaltung müsse sich als Dienstleistungsunternehmen für die Bürger verstehen. Behörden müßten dazu verstärkt betriebswirtschaftlich denken. Die Ministerien seien zu verkleinern und auf ihre Kernaufgaben zurückzuführen. Zwischen der Ebene der Kreise und Städte und der Ministerialebene sei ein Behörden Dickicht entstanden, das als mittlere Ebene zu einer einheitlichen Regionalverwaltung zusammengefaßt werden solle. Auf manche Leistungen könne verzichtet, manche Aufgaben von Privaten günstiger organisiert werden. Zuwendungsprogramme sollten befristet sein. Vor der Beschlußfassung von Gesetzen solle es, nach Meinung aller Fraktionen, eine umfassende Wirkungsanalyse geben, um Folgekosten und Verwaltungsaufwand zu kennen. Leider sei in Teilen der Landesregierung inhaltlicher Widerstand geleistet worden.

**Dr. Achim Rohde** (F.D.P.), Fraktionsvorsitzender, nannte den SPD-/F.D.P.-Antrag das (weiter nächste Seite oben)



Als Zeichen des Dankes für das Engagement in Sachen „Verwaltungsreform“ und die vorbildliche Zuarbeit für den Ausschuß für Verwaltungsstrukturreform lud dessen Vorsitzender, Landtagsvizepräsident Ulrich Schmidt, die Mitglieder der vom Ausschuß eingesetzten Projektgruppe anlässlich der letzten Ausschußsitzung vor Ende der Wahlperiode zu einem gemeinsamen Mittagessen ein. Das Bild zeigt von links nach rechts: Regierungsrat Gregor Lange, Ausschußassistent des Landtags, Rolf Kemper, Projektgruppenmitglied von Januar bis Mai 1994, Professor Dr. Dreyhaupt, Dozent an der Fachhochschule für Öffentliche Verwaltung des Landes, Leitender Ministerialrat Vogt, Landesrechnungshof, Ulrich Schmidt, Landtagsvizepräsident, Detlef von Schmeling, Leiter der Fortbildungsakademie des Innenministeriums und Vorgänger von Kemper in der Zeit von April bis Dezember 1993, Leitender Ministerialrat Bückler, Landesrechnungshof, sowie Oberregierungsrat Wolfgang Fröhlecke, Ausschußassistent des Landtags.  
Foto: Schälte

## Aktuelle Stunden

Mit den Stimmen von Grünen, F.D.P. und CDU und gegen das Votum der anwesenden SPD-Abgeordneten ist die von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragte Aktuelle Stunde zum Thema „Die aktuelle Gesundheits- und Dioxinsituation in Duisburg und ihre Entwicklung seit 1990: Hat Umweltminister Matthiesen dem Parlament die Unwahrheit gesagt?“ auf die Tagesordnung gesetzt worden. Sie wurde am 31. März im Ausschuß an die von der CDU beantragte Aktuelle Stunde zum Abschiebestopp von Kurden vom Plenum durchgeführt. Wir berichten darüber in der nächsten Ausgabe.

kleinste gemeinschaftliche Vielfache, das alle wichtigen Elemente enthalte. Das Ergebnis hätte offensiver und mutiger sein können. Wichtig sei das gemeinsame Signal, ernst zu machen. Einerseits sei die Produktivität der Beschäftigten in den Wissens- und Serviceindustrien zu erhöhen. Andererseits hingen die Menschen an nicht mehr produktiven Dingen. Das Parlament könne sich nur wie ein Aufsichtsrat auf Ziele, Anstöße, Leitbilder beschränken. Die Umsetzung sei Aufgabe der Landesregierung, besonders des Ministerpräsidenten, der die Reform zur Chefsache machen müsse. Verschlanken der obersten Landesbehörden bedeute Stärken der Mittelinstanz und der kommunalen Selbstverwaltung, Vermeiden von Doppelarbeit und schließlich planvoller Einsatz moderner Informationstechniken. Massiver Widerstand sei normal, Verhinderer in der Mehrheit, zitierte Rohde den Management-Professor Simon und schloß, nur mit den Liberalen werde die Reform gelingen.

**Dr. Katrin Grüber (GRÜNE)** hielt die Umstrukturierung der Umweltverwaltung für das Gegenteil moderner Reformen und empfahl für die nächste Wahlperiode, auf die Umsetzung der Parlamentsbeschlüsse wirklich zu achten. Im Ausschuß und in der Projektgruppe müßten mehr Frauen sitzen, sonst vergäßen die Männer die Bürgerinnen und Kundinnen. Mit den strengen Hierarchien, mit der organisierten Unverantwortlichkeit, in der Menschen sich hinter Verordnungen verstecken könnten, müsse Schluß sein. Die Arbeitszufriedenheit steige mit der Zustimmung zur Reform. Mit Bürgernähe habe es nichts zu tun, wenn immer mehr Ämter aufgelöst und die Wege immer weiter würden. Zu mehr Beteiligung gehörten Akteneinsicht, Befragungen, Planungszellen. Die Grünen wollten außerdem Frauenbeiräte in Ministerien und Quoten für Gremien.

**Carla Boulboulé (fraktionslos)** sah durch den Antrag den Sozialstaat, die Demokratie und die Unabhängigkeit der Gewerkschaften grundsätzlich in Frage gestellt und zitierte Äußerungen von Dr. Rohde, Tarifverträge seien nicht am Gemeinwohl, sondern an egoistischen Interessen orientiert. Die SPD-Unterschrift sei schlimm. Durch das Leistungsprinzip werde eine zentrale tarifrechtliche Errungenschaft ausgehöhlt. Nicht Gewinnerorientierung, sondern sozialstaatliche Daseinsvorsorge seien Prinzip des öffentlichen Dienstes, ferner gleiches Recht auf alle Dienste. Die SPD solle den öffentlichen Dienst verteidigen und als politische Bastion gegen den schlankeren Staat antreten.

**Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD)** verteidigte die mehrfach kritisierte Beamtenmahnung seines Staatssekretärs und sprach sich für unterschiedliche Behördenleitbilder aus. Das Behördenleitbild einer Bezirksregierung unterscheide sich von dem der Polizei mit ihrer Führungsaufgabe. Die Wirtschaftsverwaltung habe das Leitbild für ein Dienstleistungsunternehmen entwickelt. Das Umweltministerium habe die historisch gewachsene Zersplitterung der Zuständigkeiten für Umweltmedien Luft, Wasser, Boden und Naturhaushalt zu überwinden. Staatliche Bauverwaltung habe im Wettbewerb zu privaten Anbietern zu bestehen. Die Fülle an Material und die politische Annäherung in vielen Fragen ließen einen guten Start in der nächsten Wahlperiode erwarten.



In festlicher Runde hat der Erste Vizepräsident des Landtags, Dr. Hans-Ulrich Klose, am vergangenen Mittwoch nach dem Plenum seinen 60. Geburtstag begangen. Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe, die bereits am Vormittag im Plenarsaal im Namen des gesamten Parlaments mit Kuß und Blumenstrauß gratuliert hatte, gab in ihrer Laudatio alle guten Wünsche für das neue Lebensjahrzehnt mit auf den Weg. Sie erinnerte daran, daß Kloses politischer Lebensweg in seiner Heimatgemeinde Korschenbroich begonnen habe. „Ob als Schützenbruder in Deinem Heimatschützenverein, ob als Justitiar der Apothekerkammer Nordrhein, ob als Synodale der Evangelischen Kirche des Rheinlandes oder als Vorsitzender der CDU des Kreises Neuss, immer war es Deine besondere Bindung an die Bürgerinnen und Bürger, Deinen Wählerinnen und Wählern, die Du gepflegt und aus der Du die Kraft für Deine politische Arbeit gewonnen hast“, sagte Frau Friebe. Sie betonte, sie habe nach ihrem Eintritt in den Landtag Hans-Ulrich Klose als einen Mann kennengelernt, mit dem man über Parteigrenzen hinweg Vereinbarungen und Absprachen habe treffen können, die auch eingehalten worden seien und die bei der Respektierung des gegenseitigen unterschiedlichen parteipolitischen Standpunktes auch Gemeinsamkeiten hätten möglich gemacht. Das Bild zeigt v.r. Frau Gertrud Klose, ihren Mann Hans-Ulrich Klose, Landtagspräsidentin Friebe sowie Kloses Kinder Carola und Christoph. Foto: Schälte

## Betriebsstillegungen in der Landwirtschaft

Der Strukturwandel in der Landwirtschaft führt dazu, daß viele Betriebe stillgelegt werden müssen. Für die betroffenen Landwirte stellt sich dann oft die Frage, wie sie ihren Betrieb umnutzen können. Davon ausgehend wandte sich die SPD-Abgeordnete Brigitta Heemann mit einer Kleinen Anfrage an die Landesregierung, um in Erfahrung zu

bringen, ob diese Betriebsaufgaben und Umnutzungen durch gesetzliche Auflagen unnötig behindert würden. In ihrer Antwort verwies die Landesregierung auf die Notwendigkeit, ein solches Vorhaben sorgfältig zu planen sowie intensive Beratungen einzuholen. Seitens der Landesregierung würde den betreffenden Behörden empfohlen, ihren Ermessensspielraum zu nutzen, um für den Einzelfall angemessene Lösungen zu erreichen (Drs. 11/8459).

## Rau nimmt Matthiesen gegen Grüne in Schutz

Ihre Antipathie gegen Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) erzeuge inzwischen eine Art „Pawlowschen Reflex“, dieser Verdacht sei ihm bei der Dringlichen Anfrage der Grünen zu einem Beitrag gekommen, den der Minister in einer Broschüre der Arbeitsgemeinschaft PVC und Umwelt veröffentlicht habe. Er könne angesichts der Aussagen darin keine Werbung für den umstrittenen Werkstoff PVC noch einen Amtsmißbrauch des Umweltministers erkennen, erklärte Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) in seiner Antwort in der Fragestunde des Landtags. Der Minister, so Rau weiter, habe in seinem Beitrag für ökologische Verantwortung geworben, er habe zum Nachdenken angeregt und auf Probleme hingewiesen: „Ich finde es richtig, daß er das getan hat.“

Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) wies dem Fragesteller Dr. Michael Vesper (GRÜNE) gegenüber darauf hin, daß sich die Broschüre zum ersten Mal — „das ist begrüßenswert“ — umfangreich mit dem Bemühen um einen Recyclingprozeß für PVC auseinandersetze. Er habe für die Veröffentlichung kein Honorar bekommen, stellte der Minister klar und erteilte der grünen Forderung nach einem Verbot von PVC eine Abfuhr: Wie der Rat der Sachverständigen sei er der Meinung, daß nur ein Verbot von PVC in bestimmten Bereichen, zum Beispiel als Verpackungsmaterial für Lebensmittel, empfehlenswert sei. In dieser Debatte würden die fundamentalen Unterschiede zwischen Landesregierung und Grünen hinsichtlich des Stellenwerts der chemischen Industrie und des Chemiestandorts NRW wieder einmal deutlich. Ein generelles Verbot würde ganze Produktionen in NRW verdrängen und vernichten.

Wegen der Osterpause erscheint die nächste Ausgabe von „Landtag intern“ am 3. Mai 1995.

## Landtag stimmte mit Mehrheit Garzweiler II zu

Der Landtag hat am vergangenen Donnerstag mit großer Mehrheit dem Braunkohletagebau Garzweiler II zugestimmt. Die Fraktionen von SPD und CDU billigten in jeweils eigenen Anträgen den Aufschluß des mit 48 Quadratkilometern größten europäischen Abbaufeldes. Die Fraktion der Grünen lehnte das Großprojekt geschlossen ab, die F.D.P.-Fraktion sprach sich mehrheitlich dagegen aus. Der Abbau aus Garzweiler II soll im Jahr 2006 beginnen. Bis dahin müssen elf Ortschaften mit 7600 Einwohnern umgesiedelt werden.



Pro und contra Garzweiler II: v.l. Klaus Strehl (SPD), Fraktionschef Dr. Helmut Linssen (CDU), Gerd Mai (GRÜNE), Hagen Tschoeltsch (F.D.P.) und Staatskanzleiminister Wolfgang Clement (SPD). Fotos: Schälte

**Klaus Strehl** (SPD) erklärte, die SPD-Fraktion sage ein eindeutiges und klares Ja zu Garzweiler II. Es werde hierdurch Klarheit und Planungssicherheit geschaffen, für die Menschen vor Ort, für die Bergleute, aber auch für die Energiewirtschaft. Die Entscheidung für die Genehmigung sei aus der SPD-Sicht der folgerichtige letzte Schritt am Ende einer mehr als zehnjährigen Planungs- und Diskussionsphase. Gegen das Projekt sei vorgetragen worden, der Anteil der Braunkohle an der Stromerzeugung könne — so die eine Seite — durch Alternativenenergien und Einsparungen oder — so die andere Seite — durch die Kernenergie ersetzt werden. Strehl stellte dazu fest: „Der Bau und der Betrieb von Atomkraftwerken ist mit der SPD in Nordrhein-Westfalen nicht zu machen.“

**Dr. Helmut Linssen** (CDU), Fraktionsvorsitzender, betonte, die CDU sage mit großer Mehrheit Ja zu Garzweiler II, wenn auch schweren Herzens. Die CDU habe mit der Diskussion über Garzweiler II erreicht, daß die Formulierungen hinsichtlich der Kraftwerkstechnologie, also der Wirkungsgrade, die über 42 und 43 Prozent zu erreichen sein werden, nachgebessert würden. Man habe erreicht, daß die Landesregierung in den Entwurf ihrer Genehmigung das Monitoring festgeschrieben und damit die Rückholbarkeit sehr viel deutlicher formuliert habe. Man müsse gerade hinsichtlich der energiepolitischen Einschätzung und auch der wasserwirtschaftlichen Folgewirkungen, die dieser Tagebau haben könne, die Rückholbarkeit der Entscheidung gewährleisten.

**Dr. Achim Rohde** (F.D.P.), Fraktionsvorsitzender, wies darauf hin, in seiner Fraktion gebe es sowohl Befürworter als auch Gegner des Projektes. „Wir hätten uns alle gewünscht, daß die Frage Garzweiler II in den Kontext der Energiekonsensgespräche gestellt wird.“ Die Zukunft der Braunkohle könne man nicht isoliert betrachten. Sie gehöre in den Zusammenhang der Stellung und Zukunft von Steinkohle, von Kernenergie, von Energiesparen, von alternativen Energien. Man trete für einen vernünftigen Energiemix ein.

**Gerd Mai** (GRÜNE) wandte sich an die SPD: „Sie werden Garzweiler II nicht durchsetzen können.“ Dieses Jahrhundertprojekt werde wegen der gigantischen ökologischen Folgen in der Öffentlichkeit nach wie vor keine Akzeptanz finden. Der Braunkohlenplan Garzweiler II werde vor den Gerichten nicht bestehen. Und angesichts der Debatte um

die ökologisch wahren Preise, also die Internalisierung der externen Umweltfolgekosten in den Preis, sei abzusehen, daß Garzweiler II auch ökonomisch scheitern werde.

**Wirtschaftsminister Günther Einert** (SPD) erläuterte die „Rückholbarkeit“ als Tatbestand geltenden Rechts, nicht nur als Absichtserklärung. Rheinbraun werde kein unwiderrufliches Abbaurecht gegeben. Im System der Betriebspläne könnten neue Erkenntnisse berücksichtigt werden. Dem Klimaschutz-Szenario des Wuppertal-Instituts liege eine Eingriffsverwaltung mit Zuweisung von Primärenergieträgern zugrunde. Das sei jedoch nicht realistisch. Die rheinische Braunkohle werde zu 85 Prozent verstromt. Der Anteil der Veredelung werde steigen.

**Umweltminister Klaus Matthiesen** (SPD) betonte den unauflösbaren Zusammenhang zwischen der Genehmigung für Garzweiler II und dem NRW-Beitrag zur CO<sub>2</sub>-Minderung. Die unternehmerische Verantwortung zum innovativen und sparsamen Umgang mit Energie mache auch die Zustimmung von SPD, CDU und F.D.P. aus. Eine Zerstörung des Naturparks Schwalm-Netze werde die Landesregierung nicht zulassen. Die Umsiedlung sei für sie die größte Herausforderung. Als Ansprechpartner für die Betroffenen beauftrage sie einem Ombudsman.

**Hans Alt-Küpers** (SPD) wies darauf hin, der Landtag könne über Garzweiler II nur entscheiden, wenn die Braunkohlenplanung völlig verändert werden sollte. Die Grünen wollten die SPD unter Druck setzen im Hinblick auf eine künftige Regierungsbeteiligung. In zehn Jahren hätten sie bereits das dritte Energieszenario, stellten aber keine wirkliche Grundlage für die Stromversorgung dar. Die CDU solle darauf verzichten, Garzweiler II mit Kernenergie zu verknüpfen.

**Dr. Helmut Linssen** (CDU) forderte die Grünen auf, Farbe zu bekennen über Partner einer künftigen Koalition. Die Klimaschutzziele seien nur im Energiemix mit der CO<sub>2</sub>-freien Kernenergie zu erreichen.

**Gerd Mai** (GRÜNE) griff den SPD-Redner wegen der von diesem festgestellten Nichtbeteiligung des Landtags an. Sicherheit für die Rückholbarkeit hätte nur eine Teilgenehmigung in Zehnjahresschritten gebracht. Die

SPD wolle Stein- und Braunkohle über vier Jahrzehnte fortschreiben und sich die Option für Atomenergie offenhalten.

**Dr. Achim Rohde** (F.D.P.) bekannte sich zum SPD-Antrag, der sich für ein Gesamtenergiemix ausspreche und das Votum für Garzweiler II in die bundesweite Energiepolitik einbette.

**Ministerpräsident Johannes Rau** (SPD) erklärte, keine politische Entscheidung dieser Wahlperiode sei so gründlich vorbereitet worden wie diese mit seinem klaren Ja zu Garzweiler II unter dem genannten Vorbehalt. Die drei Komponenten ökonomische Zukunft, ökologische Verantwortung und soziale Gerechtigkeit seien von ihr gedeckt. Beim Bonner Energiekonsens solle auch über das unerledigte, bedrückende Thema Entsorgung bei Kernenergie gesprochen werden.

**Dr. Helmut Linssen** (CDU) ging auf den Bonner Kompromiß bei der Koks-kohlenbeihilfe ein und nannte den Beitrag des Staatskanzleichefs dazu kleinkariert. Der Konsens sei das Verdienst der CDU-Landtagsfraktion. Das Klimaschutzziel sei ohne Kernenergie nicht zu erreichen, das bestätigten alle Experten. Bei Kernenergie gehe es um einen inhärent sicheren Reaktor, nicht um neue Kraftwerke der gegenwärtigen Generation.

**Staatskanzleiminister Wolfgang Clement** (SPD) hielt den Beitrag von Dr. Linssen zum Konsens bei der Kohlefinanzierung für eine Verteuerung zu Lasten der Landeskasse um 234 Millionen Mark. Bei der Verstromung habe er eine Absenkung der Finanzhilfe schon vor dem Jahr 2000 für möglich erklärt.

**Dr. Michael Vesper** (GRÜNE) hielt den Beitrag für billigen Wahlkampf und lächerlich, da Clement der Verteuerung des NRW-Anteils und Scharping der Verringerung von Bundeshilfen ab 1999 zugestimmt hätten. Der Ausstieg aus der Atomenergie sei ausgemacht, dazu gehöre, den Forschungsreaktor Jülich abzuschalten. Auch nach Energieszenarien der SPD werde weniger Braunkohle gebraucht. Das Reden über Arbeitsplätze sei Humbug. Die Grünen würden im nächsten Landtag alles tun, um Garzweiler II zu verhindern. (Fortsetzung Seite 12)

## Annähernd gleichwertige Größe der Wahlkreise gesichert

Der Landtag hat das Wahlkreisgesetz im Entwurf der Landesregierung nach der Beschlußempfehlung des Hauptausschusses in zweiter Lesung mit den Stimmen der SPD und der Grünen, die irrtümlich dafür votierten, gegen die Opposition von CDU und F.D.P. gebilligt. Der Antrag der CDU, den Landtag auf 201 Mandate zu beschränken und die Wahlkreise gerechter einzuteilen, kam nicht durch. Ebenso stieß ein Gesetzesentwurf der F.D.P. auf Änderung des Landeswahlgesetzes auf Ablehnung (Drs. 11/7739, 8619, 5924 und 5949).

**Jürgen Büsow** (SPD) erklärte, man entscheide heute über die Einteilung der Landtagswahlkreise für das Jahr 2000. „Wir bleiben bei einem Verhältnis von 3:1 zwischen Direkt- und Listenmandaten.“ Die Opposition habe die Anzahl der Listenmandate verdoppeln und im Gegenzug die Zahl der Wahlkreise auf 101 beschränken wollen. Büsow erinnerte daran, daß in NRW ein Abgeordneter 74 000 Bürgerinnen und Bürger vertrete. Im Durchschnitt der anderen westdeutschen Flächenländer seien es nur 50 000. Im Namen der Demokratie fordere die SPD die Direktwahl in den Kommunen. Er machte ferner darauf aufmerksam, auf mittlere Sicht sei eine annähernd gleichmäßige Größe der Wahlkreise durch die Vorlage gesichert. Man beschränke sich bei den Bevölkerungsabweichungen der Wahlkreise auf plus/minus 20 Prozent des Landesdurchschnitts.

**Herbert Reul** (CDU) erinnerte an den Ursprung. Der Ursprung sei das Anliegen der CDU-Fraktion gewesen, zu einer Verkleinerung des Landtags von 151 auf 101 zu kommen, um ihn effektiver zu machen. Der SPD warf er vor, sie habe die große Lösung erst für das Jahr 2000 gewollt. Heute wolle sie davon nichts wissen. So sei das eben bei der SPD in NRW. Wenn ein Projekt als reformnotwendig anerkannt werde, dann rede sie darüber und sage, es sei notwendig. Komme

es dann aber zum Schwur, dann habe sie nicht die Kraft, eine Reform auch wirklich stattfinden zu lassen, weil sie ausgebrannt sei. Zumindest sollte sie „Reförmchen“ nach den Prinzipien Gerechtigkeit und Sachgerechtigkeit stattfinden lassen. Was man heute vorgelegt habe, habe damit allerdings auch nichts mehr zu tun.

### Direktmandate

**Dr. Achim Rohde** (F.D.P.), Fraktionsvorsitzender, sagte: „Wir wollten ein kleineres Parlament. — Von der SPD abgelehnt. Wir wollten den konsequenten Abbau von Überhangmandaten. — Von der SPD ebenso abgelehnt. Wir wollten statt 151 : 50 Direkt- und Listenmandaten ein Verhältnis von 1 : 1, was gerechter wäre. — Ebenso abgelehnt. Deswegen lehnen wir auch Ihren Gesetzesentwurf ab. Er versucht nur, den Status quo zu sichern. Er versucht nur, die Machtbasis der SPD zu sichern. Er ist ungerecht und einseitig.“

**Dr. Michael Vesper** (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer, meinte, daß sich SPD und CDU ja in einem einig seien, und da seien die beiden kleinen Fraktionen außen vor: Letztlich gehe es ihnen natürlich darum, in ihren eigenen sogenannten Hochburgen jeweils so viele Wahlkreise wie möglich zu haben und in den Hochburgen der anderen so wenige wie möglich. „Hier liegt das eigentliche Interesse, das hinter dieser ganzen Debatte steht: Sicherung möglichst vieler Direktmandate, weil direkt gewählte Wahlkreise eben als lukrativ gelten“, schloß Vesper.

**Jürgen Büsow** (SPD) betonte in einem zweiten Beitrag: „Jede in Nordrhein-Westfalen abgegebene Stimme wird bei unserem Wahlsystem gerechnet, und keine fällt unter den Tisch. Deswegen haben wir eben so viele Ausgleichs- und Überhangmandate.“

**Dr. Achim Rohde** (F.D.P.) unterstrich, man verbitte sich Zwei-Klassen-Politik zwischen direkten und indirekten Abgeordneten.

**Dr. Michael Vesper** (GRÜNE) sagte, die SPD tue geradezu so, „als wollten wir die Direktwahl der Landtagsabgeordneten abschaffen“. Das sei blühender Unsinn. Man wolle nur das Verhältnis 1 : 1 erreichen.

**Innenminister Dr. Herbert Schnoor** (SPD) verstand die Aufregungen, ermahnte indes den zur Gelassenheit. Man entscheide nicht über das Wahlrecht, das am 14. Mai 1995 gelte, sondern über das Wahlrecht des Jahres 2000. Ferner denke niemand daran, ein Mehrheitswahlrecht einzuführen. Das wäre völlig absurd. Niemand sei hier der Meinung, es gebe Abgeordnete erster und zweiter Klasse. Dennoch gebe es Unterschiede, ob man einen Wahlkreis direkt hole oder nicht. Für die Verbindung zum Bürger sei es nicht ganz unwichtig, wenn man sagen könne: „Jawohl, hier bin ich direkt gewählt.“

### Mahnbescheide

An Kafkas „Der Prozeß“ fühlte sich der fraktionslose Abgeordnete Dr. Hans-Jürgen Lichtenberg erinnert, als er von den Bearbeitungszeiträumen der Mahnbescheide am Amtsgericht Wuppertal erfuhr. Deshalb wandte er sich mit einer Kleinen Anfrage an die Landesregierung, um auf diesen Zustand aufmerksam zu machen. Auch die Landesregierung hielt eine Bearbeitungsdauer von rund sechs Wochen, wie sie teilweise in Wuppertal festgestellt wurde, für langfristig nicht vertretbar. Allerdings stellte sie auch Besserungen in Aussicht, da in Kürze Mahnverfahren aus dem Oberlandesgerichtsbezirk Düsseldorf an die Zentrale Mahnabteilung (ZEMA) in Hagen überwiesen werden können (Drs. 11/8491).



Eine kubanische Delegation unter Leitung des Außenhandelsministers Ricardo Cabrisas Ruiz und in Begleitung des kubanischen Botschafters in Bonn, Rodney Lopéz, hat den Landtag und die SPD-Fraktion besucht sowie mit dem Fraktionsvorsitzenden Professor Dr. Friedhelm Farthmann einen Meinungsaustausch geführt. Gespräche mit Mitgliedern der Landesregierung, u. a. mit Arbeitsminister Franz Müntefering (4. v. r.) und dem Abgeordneten Bodo Hombach (4. v. l.) schlossen sich an. — Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose empfing den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China, Zhu Qizan (links im Bild rechts). Der Gast aus dem „Reich der Mitte“ bekundete sein außerordentliches Interesse an dem Aufbau der wirtschaftlichen Beziehungen seines Landes zur Bundesrepublik Deutschland, insbesondere zu Nordrhein-Westfalen. Dr. Klose erkundigte sich nach den Fortschritten in der Demokratisierung und der Achtung der Menschen- und Freiheitsrechte in China. Er wies darauf hin, daß wirtschaftspolitische Partnerschaft und Demokratie auf Dauer nicht voneinander zu trennen seien. Zhu Qizan schlug eine Partnerschaft zwischen einer Provinz der Volksrepublik China und Nordrhein-Westfalen vor. Dr. Klose erklärte, daß diese Anregung nach der Landtagswahl am 14. Mai 1995 wieder aufgegriffen werde.

Fotos: Schälte

## Chancen und Risiken neuer Informations- und Kommunikationstechniken

### „Andere reden noch — da hat NRW bereits gehandelt“

Im Rahmen einer von ihr beantragten Aktuellen Stunde hat die F.D.P. die Landesregierung am 30. März aufgefordert, „die Chancen neuer Informations- und Kommunikationstechnologien für Nordrhein-Westfalen nicht zu verschlafen“. Es dürfe sich nicht wiederholen, so die F.D.P., was aus unterschiedlichen Gründen in der Bio- und Gentechnik passiert sei.

**Dr. Achim Rohde**, F.D.P.-Fraktionsvorsitzender, sah es als Aufgabe des Landtags an, sich um die Chancen dieser neuen technischen Entwicklung zu kümmern und der Verbesserung der Rahmenbedingungen nachzugehen: Dann ließen sich wie in Japan und den USA neue Arbeitsplätze schaffen. Voraussetzung dafür sei die Weiterentwicklung der Rechtsvorschriften; sie müßten darauf abgeklopft werden, welche Auswirkungen die Telekommunikation, in die sich schon eine ganze Reihe nordrhein-westfälischer Unternehmen engagierten, auf das Telekommunikationsrecht, den Rundfunkstaatsvertrag und die Landesmediengesetzgebung hätten. Rohde: „Nordrhein-Westfalen hat besondere Chancen auf dem Markt.“ Allerdings stehe man erst am Anfang der Entwicklung.

**Jürgen Büssow** (SPD) nahm einen anderen Standpunkt ein. Während in Bonn Papier gemacht und in Baden-Württemberg eine Enquêtekommission eingerichtet werde, „steigt Nordrhein-Westfalen direkt in die Projekte ein“, etwa in Gestalt der Datenschleife, die sich von Köln über Duisburg durchs ganze Ruhrgebiet ziehe. In der Öffentlichkeit gebe es nicht wie in der Vergangenheit eine ausgesprochene Feindlichkeit gegenüber einer neuen Technologie, man sei eher „neugierig“. Experten gingen davon aus, daß mit den neuen Techniken (die auch Rationalisierungstechniken seien) 1,8 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen würden. Man sei sich darin einig, die neue Entwicklung einerseits zu fördern, andererseits sie aber auch ordnungspolitisch zu gestalten, etwa um auch mittelständischen Unternehmen eine Chance zu geben. Weitere Punkte seien der Jugendschutz, der Datenschutz und der Verbraucherschutz.

**Ruth Hieronymi** (CDU) hielt es für einen Witz, wenn sich die SPD als große Reformpartei hinstelle; sie habe „absolute Blockade“ bei den Diskussionen über die Einführung des kommerziellen Fernsehens und der neuen TV-Techniken geübt und sich nur auf Druck hin bewegt. Dringend notwendig sei die Novellierung des Rundfunkstaatsvertrags, der bisher ein erleichtertes Verfahren für die neuen Techniken nicht vorsehe: „Wir haben für Teleshopping, Telebanking, für die Spartenprogramme genauso komplizierte Zulassungsbedingungen wie für Vollprogramme.“ Alle Medienanstalten der Länder hätten sich schon auf die dringend erforderliche Novellierung verständigt; die CDU dieses Landes habe einen für eine schnelle Gesetzesänderung tauglichen Vorschlag ge-



Entwicklung verschlafen oder hellwach die Chancen in den neuen Kommunikationstechniken genutzt — darüber waren unterschiedlicher Meinung (v.l.): Dr. Achim Rohde (F.D.P.), Jürgen Büssow (SPD), Ruth Hieronymi (CDU), Dr. Michael Vesper (GRÜNE) und Wirtschaftsminister Günther Einert. Fotos: Schälte

macht, doch die SPD habe abgelehnt. So stehe der neue Rundfunkstaatsvertrag noch in den Sternen.

**Dr. Michael Vesper** (GRÜNE) meinte, daß die neuen Technologien nicht zu verhindern seien, sie hätten durchaus ihren Nutzen. „Darum ist es aber um so wichtiger, sich heute mit den Folgen und Risiken dieser Technologien intensiv und ernsthaft zu beschäftigen und ihre Einführung heute mit entsprechenden Bedingungen zu verknüpfen.“ Das habe nichts mit Technikfeindlichkeit zu tun, sondern solle nur ein nicht mehr rückholbares Desaster in einigen Jahren verhindern. Vor allem die Verbraucher hätten ein Wörtchen mitzureden, sie sollten zum Beispiel das Recht erhalten zu entscheiden, ob sie die Angebote mit oder ohne Werbung empfangen wollen. Vesper: „Verbraucherschutz ist nicht wachstumshemmend, sondern eine Grundbedingung für den Aufbau der neuen Datennetze.“

**Wirtschaftsminister Günther Einert** (SPD) führte aus, das Thema sei im Lande längst weiter als die Liberalen glauben machen wollten — auch was die Abwägung der Risiken und Chancen angehe. „Wir sind heute der stärkste Standort für Telekommunikationswirtschaft in Mitteleuropa“, stellte er fest, nicht nur die großen „Player“ wie Telekom oder VEBA seien eingebunden, sondern auch 350 mittelständische Telekommunikationsunternehmen und rund 1300 mittlere und kleinere Softwarehäuser. Es gebe in verschiedenen Regionen des Landes bereits vier Pilotprojekte, die zeigten, daß in NRW die Multimediakunft längst begonnen habe.

**Lothar Hegemann** (CDU) warnte davor, allzu sehr die Risiken zu diskutieren und die Chancen dabei aus den Augen zu verlieren. Die SPD habe sich in der Vergangenheit stets neuen Technologien in den Weg gestellt. In Zukunft hingen Arbeitsplätze nicht so sehr von der Qualifikation der Arbeitnehmer ab, sondern von ihrer Möglichkeit, Informationen zu beschaffen. Deshalb sei es wichtig, daß der Staat den Rahmen schaffe.

**Helga Gießelmann** (SPD) konterte: „Eine Blockadepolitik gibt es nicht. Wir wollen eine vernünftige Lösung für unser Land und zum Wohl der Menschen.“ Man habe auch nicht

die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien verschlafen. Aber von der Opposition seien keine anwendbaren Initiativen gekommen.

**Dr. Achim Rohde** (F.D.P.) forderte dazu auf, die Rechtsvorschriften im Lande so zu gestalten, daß Barrieren weggeräumt und die Unternehmen ihre Chancen wahrnehmen könnten: Daß für Projekte so viele Ausnahmegenehmigungen erforderlich seien, zeige doch, daß nicht alles in Ordnung sei.

**Roland Appel** (GRÜNE) fragte sich, „ob wir eine gesellschaftliche Entwicklung wollen, in der durch Telebanking, Teleshopping, Computersex im Cyberspace und ähnliches unsere Lebenswelt so entmenschlicht wird — und das alles nur für eine bestimmte Schicht, die sich das leisten kann“. Man benötige darum eine breite gesellschaftliche Debatte über die Technikfolgen.

**Jürgen Büssow** (SPD) wies darauf hin, daß man die Probleme des Zugangs und der Gefahr der Privilegierung der Informationsverarbeitung gesellschafts- und ordnungspolitisch in den Griff bekommen müsse. Es dürfe keine „Veranstaltung der Großkonzerne“ werden.

**Staatskanzleiminister Wolfgang Clement** (SPD) bezifferte die Zahl der Arbeitsplätze im Land im Bereich Medien und Telekommunikation auf derzeit 125 000 — „das sind nahezu doppelt so viele wie im Bergbau, und diese Zahl wird weiter steigen“. Wenn alle Mobilfunkbetreiber ihren Sitz in NRW haben, dann könne man kaum von einer „Blockadepolitik“ sprechen, fand der Minister und machte darauf aufmerksam, daß man im Lande nicht „blind“ in den Prozeß gehen werde, sondern in Ruhe begleitend die Folgen diskutieren will. Man werde aber nicht den Fehler der Grünen machen und eine Entwicklung, die für die wirtschaftliche Entwicklung von so großer Bedeutung sei, von vornherein tabuisieren.

**Lothar Hegemann** (CDU) freute sich darüber, daß die SPD, auch wenn sie spät komme, dennoch auf den Zug der Telekommunikationstechnik gesprungen sei. Er sei auch der Meinung, daß die CDU sich in vielen — nicht allen — Dingen mit der SPD einig sei.

## Mit dem Hochschul-Rundfunk betritt NRW Neuland Große Chancen für internationale Weiterbildung

Der Hauptausschuß des Landtags unter der Leitung seines Vorsitzenden Reinhard Grätz (SPD) hat bei der 82. und letzten Sitzung in dieser Legislaturperiode mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Oppositionsfraktionen von CDU, F.D.P. und GRÜNE das 7. Rundfunkänderungsgesetz im teilweise geänderten Entwurf der Landesregierung verabschiedet. Breiten Raum nahm noch einmal der künftige Rundfunk der Hochschulen ein. Während sich bei der kleinen Lösung, dem sogenannten Campus-Radio, die Fraktionen einig waren und es bei der Abstimmung auch einstimmig guthießen, warf die große Lösung mit dem Hochschul-Rundfunk, der auch in die Gesellschaft ausstrahlen soll, doch für die Opposition eine ganze Reihe von Fragen auf. Die CDU enthielt sich deshalb in diesem Punkt der Stimme. Dennoch sah sich der SPD-Sprecher Jürgen Büssow durch die Reaktion der Union, die nicht blockiert habe, ermutigt und schloß: „Wir machen den Schritt als erste. Wir bringen ein großes Stück Innovation in unser Land hinein.“



Opposition beim Meinungsaustausch: v. l. F.D.P.-Geschäftsführer Ulrich Marten, F.D.P.-Fraktionsvorsitzender Dr. Achim Rohde, stellvertretender CDU-Fraktionsvorsitzender Lothar Hegemann und rechts vorne GRÜNE-Fraktionssprecherin Bärbel Höhn. Foto: Schälte

Büssow ging zunächst auf das Campus-Radio ein. Der Anstoß komme aus dem studentischen Bereich. Aber auch Professoren hätten ermuntert, den neuen Weg zu beschreiten. Der Sprecher betonte, es gebe keinen Rechtsanspruch auf Finanzierung. Er sprach von einem „Spendenradio“ und daß ferner Mittel von Sponsoren oder Öffentlichkeitsmittel der Hochschulen verwandt werden könnten. Werbung soll laut Gesetz nicht zulässig sein, die Verbreitung auf einem Radius von rund einem Kilometer auf dem Hochschulgelände mit einer Frequenz von 0,2 Watt erfolgen.

Der SPD-Sprecher schloß dann an, mit dem großen Universitäts-Rundfunk betrete man Neuland. Die Hochschulen könnten sich für die Gesellschaft öffnen. Es ergebe sich die Möglichkeit, in einen Special-interest-Markt einzutreten. „Da kann man viel Phantasie entwickeln“, zeigte sich Büssow angetan. Die globale Welt der Wissenschaft könne ein Fenster aufmachen und die Menschen könnten hineinschauen.

Für die CDU nannte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Ruth Hieronymi das Campus-Radio und den Hochschul-Rundfunk, die beide unterschiedliche Bereiche abdecken, Objekte, die im Zug der Zeit lägen, wo auch „aus unserer Sicht“ für den Gesetzgeber Handlungsbedarf bestehe.

Als relativ unproblematisch empfand Staatskanzleiminister Wolfgang Clement den Campus-Rundfunk. Es sei richtig, daß er an Hochschulen zum Beispiel in Bochum dringend gewünscht werde, sowohl von Studen-

ten wie von Professoren. Den großen Hochschul-Rundfunk nannte der Minister eine Marktöffnungsstrategie. Viel spreche für Verbände der Hochschulen mit Unternehmen. Die Fernuniversität könnte digitale Möglichkeiten nutzen. „Es ist ein ungewöhnlicher Schritt, aber ein richtiger. Wir stehen am Beginn der Digitalisierung.“

### Digitalfernsehen

Kritischer sah der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Lothar Hegemann das Vorhaben. Er stellte die Frage, ob man irgendwelche gesellschaftlichen Gruppen damit nicht erfaßt habe, und nannte Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammern, selbst Kollegschaften. Aber was ihm eigentlich auf dem Herzen liege: wenn die Hochschulen Rundfunk machen wollten, werde das Kosten verursachen. Daß dann gesponsert werde, könne ausreichen. Das heiße aber auch, daß der Werbemarkt „angeknapp“ werde. Wenn man so den Lokalrundfunk gefährde, ergäben sich schon kritische Fragen.

Die Fraktionssprecherin der GRÜNEN, Bärbel Höhn, äußerte die Befürchtung, daß Betriebe versuchen werden, sich einzuklinken und ihre Werbung in den Hochschulen zu verbreiten. Unabhängig davon aber sei es richtig, Wege für den Hochschul-Rundfunk zu öffnen. Sie sei dafür, ihn zuzulassen und die Entwicklung zu beobachten.

Ruth Hieronymi schnitt den Gesichtspunkt Weiterbildung an. Dieses Segment sollte im Falle des Hochschul-Rundfunks nicht auf den universitären Bereich beschränkt werden. Auch Weiterbildung in der beruflichen Bildung sollte Berücksichtigung finden. Der SPD-Abgeordnete Helmut Hellwig warnte davor, im Frühstadium ein Instrumentarium aller möglichen Dinge zu zementieren. Man sollte den Hochschul-Rundfunk erst mal wachsen lassen. Jürgen Büssow konnte sich sogar über den Hochschul-Rundfunk einen Weiterbildungsverband europä- und weltweit vorstellen, der auch Abschlüsse und Zertifikate anbiete. Er schloß mit der Vermutung, daß „der Weiterbildungsmarkt ein spannender Markt ist“.

Bei seiner letzten Sitzung erörterte der Ausschuß ein weiteres medienpolitisches Thema, das Digitalfernsehen. Lothar Hegemann stellte fest, daß europaweit über Normen diskutiert werde, und man sei keinen Schritt weiter gekommen. Das Fernsehen sei noch so, wie es gewesen sei. Auch Vorsitzender Grätz räumte ein, technische Prognosen, die so schlüssig schienen, korrespondierten nicht mit dem Marktgeschehen. Dennoch könne man nicht auf Prognosen verzichten. Jürgen Büssow fügte an, in der Prognose über HDTV habe der Hauptausschuß richtig gelegen. Daß sich die Digitalübertragung „in irgendeiner Form“ durchsetzen werde, dessen war sich Bärbel Höhn sicher. Reinhard Grätz äußerte die Überzeugung, weil der Verbraucher träge sei, werde beim Fernsehen der digitale Schritt langsamer, bei der allgemeinen Kommunikationstechnik jedoch schneller kommen.

Abschließend befaßte sich der Hauptausschuß mit der weiteren Verwendung des Ständehauses, in dem der Landtag einst tagte. Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe erläuterte den Beschluß der Arbeitsgruppe des Landtags, in dem vorgeschlagen worden war, die weitere Verwendung des Ständehauses in eine Gesamtkonzeption der Unterbringung der Landesregierung in Düsseldorf einzubinden und eine weitere Nutzung durch das Land vorzusehen. Minister Clement kündigte an, die Landesregierung werde in Kürze Klarheit schaffen und im Rahmen einer Gesamtkonzeption auch ein Nutzungskonzept für das Ständehaus vorlegen, durch das eine zukünftige öffentliche Nutzung durch das Land gewährleistet werde.

Am Schluß der Sitzung sprach Vorsitzender Grätz denen seinen Dank aus, die auf seiten der Landtagsverwaltung „uns gut begleitet haben“. In seinen Dank band er auch die Mitarbeiter der Landesregierung ein, die „sehr gut“ zu Auskünften zur Verfügung gestanden hätten.



## Gesetzentwurf soll mehr Klarheit in Belange der Studentenschaft bringen

*Entkrampfung und Pragmatismus haben in der Vergangenheit die Diskussion um die jahrzehntelang umstrittene Abgrenzung zwischen „hochschulpolitischem“ und „allgemeinpolitischem“ Mandat der verfaßten Studentenschaft an den Hochschulen bestimmt. Nach Hochschulrahmengesetz (HRG) und Landeshochschulgesetzen schien die Frage entschieden zu sein, bis jetzt ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster in einem aktuellen Rechtsstreit zwischen einem Studenten der Universität Münster und der Studentenschaft deutlich gemacht hat, daß immer noch unterschiedliche Auffassungen darüber bestehen, in welcher Bandbreite die Belange der Studierenden durch die gewählten Allgemeinen Studentenausschüsse (ASten) wahrzunehmen sind. — Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landtag hat darum in einem Gesetzentwurf eine Änderung des nordrhein-westfälischen Universitätsgesetzes vorgeschlagen, um „die Zuständigkeit der Studentenschaft für Belange der Studierenden in Hochschule und Gesellschaft explizit festzulegen“. Darüber fand im Wissenschaftsausschuß unter dem Vorsitz von Joachim Schultz-Tornau (F.D.P.) am 14. März eine Anhörung statt.*

In seinem vom Wissenschaftsausschuß angeregten Gutachten kam Professor Dr. Hartmut Krüger von der Universität Köln zu dem Schluß, daß das hochschulpolitische Mandat auf einer gesetzlichen Kompetenzzuweisung beruhe und nicht grundsätzlich fundiert sei. Daher verbiete es sich, daß Studentenschaften unter Hinweis auf die grundgesetzlich garantierte Meinungsfreiheit oder Wissenschaftsfreiheit zu allgemeinen politischen Fragen Stellung nehme, da die Studentenschaft wie andere Körperschaften öffentlichen Rechts nicht „grundrechtsberechtigt“ sei. Sie könne zwar im Rahmen ihrer politischen Bildungsarbeit Veranstaltungen zu allgemeinen politischen Fragen durchführen, erläuterte Krüger im weiteren Verlauf seiner Stellungnahme, die müßten aber prinzipiell für alle politischen Meinungsspektren offen und dem Toleranzgebot verpflichtet sein. Auch außerhalb dieses Bereichs gehe es nicht, Äußerungen allgemeinpolitischen Inhalts als geschützte individuelle Meinungsäußerung darzustellen — auch dann würden sie der Studentenschaft zuzurechnen sein. Als Einzelperson könnten sich Studierendenvertreter im Rahmen der politischen Bildungsarbeit allgemeinpolitisch äußern, der Charakter einer solchen Äußerung werde nach objektiven Maßstäben bestimmt und unterliege nicht der „Selbstdefinition des Äußernden“. Wenn man gewillt sei, die von den verfaßten Studentenschaften wahrzunehmenden Aufgaben zu erweitern, dann müsse darauf geachtet werden, „daß nicht durch weite und unbestimmte Aufgabenzuweisung (hier nannte der Professor als Beispiel das niedersächsische Hochschulgesetz) im Ergebnis doch ein allgemeinpolitisches Mandat zugewiesen wird“. Der Entwurf der grünen Landtagsfraktion sei verfassungsrechtlich „unbedenklich“ und weise der Studentenschaft kein allgemeinpolitisches Mandat zu, schloß Krüger.

Der Vorsitzende der Landesrektorenkonferenz (LRK), der Aachener Rektor Professor Dr. Klaus Habetha, machte deutlich, daß es ein politisches Mandat für eine Zwangskörperschaft wie die verfaßte Studentenschaft nicht geben könne. Auch ohne es seien die Aufgaben, die es für die Studentenschaften zu erledigen gelte, „reichlich“; da bleibe keine Zeit, sich mit anderen Dingen zu beschäftigen. Habetha plädierte für eine klare Aufgabenbeschreibung auf die Hochschule; jeder einzelne habe im Rahmen der Parteien oder anderer politischer Vereinigungen ausreichend Gelegenheit, sich zu allgemeinen Fragen zu äußern. Für eine Änderung sehe er jedenfalls keinen Anlaß, urteilte der LRK-Vorsitzende und lehnte die grüne Gesetzes-

gene Neuformulierung die Entscheidungssicherheit im Einzelfall erhöhe und — „das begrüßen wir“ — die Diskussion aus dem gerichtlichen in den politischen Raum zurückhole. Es sei festzuhalten, daß die ins Gespräch gebrachte Wendung den Spielraum der Studentenschaft nicht vergrößere; es werde kein allgemeinpolitisches Mandat eingeführt. Eine Veränderung in diesem Bereich sei nach übereinstimmender Ansicht der Fachhochschulen auf Länderebene gar nicht möglich.

Von der Landes-ASten-Koordination erklärte für den Universitätsbereich sein Sprecher Bernd Götting, der grüne Entwurf werde grundsätzlich positiv gesehen, da er durch Spielraumerweiterung größere Rechtssicherheit für die ASten bringe. Die Zwangskörperschaft Studentenschaft bezeichnete er als „künstliches Konstrukt“: Die Studentenschaften hätten eine andere Struktur als andere Körperschaften und seien zudem demokratisch gewählt. Jeder einzelne



*Sie saßen beim Wissenschaftsausschuß in der ersten Reihe — die Experten in Sachen politisches Mandat (v.r.): Professor Dr. Klaus Habetha, Professor Dr. Hartmut Krüger, Professor Dr. Joachim Metzner und die Studentenschaft mit Bernd Götting, Thomas Molck und Arno Kreutzer von der Landes-ASten-Koordination.*

*Foto: Schälte*

initiative ab. Obwohl einschränkend formuliert, erwecke sie den Eindruck, daß ein wie auch immer geartetes „politisches Mandat“ die wesentliche Tätigkeit der Studentenschaft ausmache.

Sein Amtskollege Professor Dr. Joachim Metzner, Vorsitzender der LRK der Fachhochschulen des Landes, wunderte sich darüber, daß der alte Streit ums allgemeinpolitische Mandat wieder aufgeflammt sei: An den Fachhochschulen zumindest habe sich in den letzten Jahren ein sachlich-kooperatives Verhältnis zwischen Studentenschaft und Hochschule entwickelt; hier hätten die Studentenschaften politische Aktivitäten mit Augenmaß betrieben, darum seien die Grenzfallstreitigkeiten bei der Wahrnehmung an den Fachhochschulen in den Hintergrund getreten. Es sei oft nur eine Frage der „Nuancierung oder des Zungenschlags“, fügte Metzner hinzu, um aus dem (erlaubten) hochschulpolitischen ein (unerlaubtes) allgemeinpolitisches Mandat werden zu lassen. Dem grünen Gesetzesvorschlag attestierte er, daß seine vorgeschla-

könne eine vom ASten abweichende Meinung vertreten und diesen ASten beim nächsten Mal abwählen. Für ein allgemeinpolitisches Mandat gebe es so lange keine Chance, wie das HRG des Bundes nicht geändert sei: Dafür sollte sich der Landtag einsetzen.

Für den Bereich der Fachhochschulen merkte dessen Sprecher Thomas Molck an, der grüne Entwurf trage zwar zur Präzisierung bei, er greife aber zu kurz, da er politische Arbeit als nur hochschulpolitische Bildungsarbeit definiere: Das spiegele die Realität an den Hochschulen nicht wider. Denn politische Bildungsarbeit sei eine der „tragenden Säulen der Arbeit in der Selbstverwaltung der Studentenschaften“. Im übrigen seien die Studentenschaften keine hoheitlichen Organisationen, vor denen es die Studierenden zu schützen gelte; hier würden die Interessen von Einzelnen gegenüber dem Staat wahrgenommen, betonte Molck und verlangte, den grünen Gesetzentwurf um die ausdrückliche Aufnahme und konkrete Benennung der politischen Bildungsarbeit zu ergänzen.

## Experten äußern sich zur Neuorganisation der Kreispolizeibehörden

Der Einladung des Ausschusses für Innere Verwaltung zu einem Sachverständigen-Gespräch über die Neuorganisation der Kreispolizeibehörden waren Vertreter der Gewerkschaften, Polizeipräsidenten und Oberkreisdirektoren gefolgt. Ausschußvorsitzender Egbert Reinhard (SPD) begrüßte zur Sitzung am 23. März die Polizeipräsidenten von Bochum und Oberhausen, Thomas Wenner und Karl-Bernhard Schusky, die Oberkreisdirektoren Günter Kozłowski (Gütersloh), der auch für seinen verhinderten Kollegen Dr. Hermann Janning (Soest) sprach, und Hans Pixa (Coesfeld), den GdP-Landesvorsitzenden Klaus Steffenhagen, den stellvertretenden Landesvorsitzenden des Bundes deutscher Kriminalbeamten (BdK), Wilfried Albishausen, sowie den Vorsitzenden des Landesverbandes der Deutschen Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund, Harald Thiemann. Übereinstimmend trugen die Experten vor, es sei zu früh, um über erste Erfahrungen zu berichten und das Ergebnis zu bewerten. Es müßten wenigstens zwei weitere Jahre vergehen, um zu einer abschließenden Würdigung zu kommen.

Mit Ausnahme des Vorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft im DBB bewerteten die Sachverständigen die Neuorganisation der Kreispolizeibehörden positiv. Wilfried Albishausen kritisierte, es seien den Kommissariaten zur Kriminalitätsbekämpfung versierte Fachkräfte entzogen worden, die nun in Stabsfunktionen tätig sind. Die Planungszuständigkeiten der Stabsbereiche führten vermehrt zu Reibungs- und Informationsverlusten. Um dieses Problem zu überwinden, müsse jedenfalls mehr Informations- und Kommunikationstechnik bereitgestellt werden. Ferner sei festzustellen, daß die Zahl geleisteter Überstunden gestiegen und in der Öffentlichkeit der Eindruck einer intensivierten Verbrechensbekämpfung noch nicht entstanden sei.

Nach ersten Erkenntnissen, so Harald Thiemann, sei für Euphorie kein Platz. Er bezog dies auf die Effektivität, die Aufgabenbewältigung und das mangelhafte Sicherheitsgefühl der Bürger. Die Personallage habe sich nicht verbessert, nach wie vor fehlten bei der Polizei rund 5000 zusätzliche Kräfte. Die neue Organisation habe auch nicht zur Verstärkung der Einsatztrupps geführt, obwohl dem operativen Bereich etwa 2000 Polizeibeamte hätten zugute kommen sollen; die könne er jedoch nirgendwo finden. Der Wachdienst sei in der Tat nicht verstärkt, stellenweise eher deutlich geschwächt worden. Die Einzugsbereiche der Bezirksbeamten hätten sich verdoppelt, und auch der Bekämpfung der Massenkriminalität habe die Neuorganisation keine Vorteile gebracht.

Hans Pixa fügte hinzu, durch die Verdoppelung der zum Bereich eines Bezirksbeamten zählenden Einwohner und die teilweise noch mangelhafte technische Ausstattung identifizierte sich – besonders im ländlichen Raum – der Bezirksbeamte nicht mehr mit seiner Aufgabe. Für die Bürger/innen, die nun gezwungen wären, Termine abzusprechen und größere Entfernungen zu überwinden, sei damit ein erhöhter Zeitaufwand verbunden. Die dezentrale Ermittlungstätigkeit wirke sich negativ aus. Im Münsterland sei die Belastung in den Kriminal- und Verkehrskommissariaten enorm gestiegen, die in Aussicht gestellte personelle Verstärkung nicht voll eingetreten, die Überbelastung im Vergleich mit anderen Regionen zu groß. Die dargestellten Probleme, so Thomas Wenner, resultierten nach seiner Meinung aus den Anfangsschwierigkeiten der Übergangsphase. Er blicke mit Zuversicht in die Zukunft der Polizeiarbeit. Trotz der mit der Neuorganisation verbundenen Belastung sei schon für das vergangene Jahr eine um 4,3 Prozent gestiegene Aufklärungsquote zu verzeichnen. Was den „sichtbaren Polizisten“ betrifft, gebe es in Bochum eine Zielvereinbarung mit den Beamten, wonach diese eine Fußstreifen-Leistung von 160 000 Stunden in einem Jahr erbringen müssen. Schon jetzt lobe die Bevölkerung eine sichtbar größere Polizeipräsenz. Als Verbesserung schlug Wenner eine Bündelung von Sach- und Finanzkompetenz vor. Mehr Entscheidungsspielraum für Behördenleiter bei Personal- und Sachmittelein-

satz forderte auch Karl-Bernhard Schusky, der im übrigen über erfreuliche Ansätze im Umgang mit neuen Steuerungsmodellen berichtete. Erste Erfolge der Neuorganisation seien schon in allen Bereichen eingetreten, die Vorgaben des Innenministers hätten sich also bewährt, gravierende Beeinträchtigungen der Polizeiarbeit seien nicht feststellbar. Die Zusammenfassung von Ermittlungs- und Einsatzaufgaben führe zu einer verständnisvolleren Kooperation. Die Lagedarstellung habe sich insgesamt verbessert, die EDV-Ausstattung müsse aber noch komplettiert werden. Im Bezirksdienst werde registriert, daß der Bürger die Polizeipräsenz begrüßt und den unmittelbaren Kontakt mit dem Beamten auf der Straße den Sprechstunden vorzieht.

Die diesen zugrunde liegende Schlüsselzahl sei zu überdenken, wenigstens für den ländlichen Raum, meinte Günter Kozłowski, ebenso die Personalverteilung im Verhältnis Oberkreisdirektoren/Polizeipräsidenten. Im Hinblick auf den zu verzeichnenden Aufgabenzuwachs. Nach Abschluß der Neuorganisation benötigten die Behördenleiter mehr Entscheidungsfreiheit und die Polizei insgesamt mehr Vertrauen, dies sei nicht nur wünschenswert, sondern auch gerechtfertigt. Daneben sei die räumliche Unterbringung teilweise verbesserungswürdig.

Abschließend bezeichnete Klaus Steffenhagen die Neuorganisation als den richtigen Weg. Das Ziel, mehr Effizienz auch im Verhältnis zum Bürger, die Sachbereiche S und K zu verzahnen, Doppelarbeit zu vermeiden, werde erreicht. Die Neuorganisation werde in anderen Bundesländern positiv gesehen und Nachahmer finden. Mehr Personal und Technik wären niemals Ziel einer Neuorganisation, sie selbst sei jedoch Voraussetzung für eine moderne, zukunftsorientierte Polizei. Mit der Forderung nach mehr Personal halte sich die GdP zurück. Wichtiger sei es, Antworten zu finden auf Fragen nach dem richtigen Kräfteinsatz, wer welche Aufgaben wahrnimmt oder wahrnehmen sollte, nach Qualifizierung und angemessener Besoldung, einem motivierenden Beurteilungswesen und den Möglichkeiten einer weitgehenden Delegation von Verantwortung.

Stefan Frechen, innenpolitischer Sprecher der SPD, zeigte sich beeindruckt von der überwiegend positiven Darstellung der Neuorganisation und stimmte der Feststellung zu, die – von der CDU-Fraktion beantragte – Expertenanhörung sei zeitlich verfrüht. Dem schloß sich Roland Appel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) an. Irritiert habe ihn die Forderung nach mehr Entscheidungsfreiheit. Hier wolle er wissen, in welchen Bereichen die Hindernisse gesehen werden.

Die Vertreterin der F.D.P.-Fraktion, Dagmar Larisika-Ulmke, hielt den Zeitpunkt eines solchen Gesprächs durchaus für sinnvoll, könne es doch zum Erkennen von Schwachpunkten und politischem Gegensteuern führen. So sei sichtbar geworden, daß Nachbesserungen notwendig sind und große Entfernungen im ländlichen Raum das subjektive Sicherheitsempfinden beeinflussen.

Karin Hussing (CDU) verteidigte das von ihrer Fraktion beantragte Expertengespräch, mit dem keine abschließende Bewertung der Neuorganisation beabsichtigt gewesen sei. Die kritischen Äußerungen, die man gehört habe, könnten helfen, im weiteren Prozeß erkannte Fehler zu vermeiden.



Dr. Alexander Ruchlja, Geschäftsträger der Republik Belarus (Weißrußland) hat dem Landtag einen Antrittsbesuch abgestattet. Der Diplomat im Rang eines Botschafters wurde von Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose (r.) empfangen. Auf dem Bild trägt sich Ruchlja in das Gästebuch des Parlaments ein.

Foto: Schälte

## Schon ein Gespräch kann den berechtigten Belangen von Kindern nützen

Im Mittelpunkt der letzten Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie am 23. März unter dem Vorsitz von Erich Heckelmann (SPD) stand in Grevenbroich die Arbeit der nordrhein-westfälischen Kinderbeauftragten. Heckelmann, der gleichzeitig Bürgermeister der Stadt Grevenbroich ist, hatte dazu den Landeskinderbeauftragten, Dr. Reinald Eichholz, sowie rund 30 kommunale Kinderbeauftragte und Kinderanwälte bei freien Trägern zu einem Meinungsaustausch eingeladen.

Dr. Eichholz stellte fest, daß viele Kinder in unserer Gesellschaft glücklich und gesund aufwachsen, pauschales Klagen über Kinderunfreundlichkeit der Gesellschaft übersehe und entmutige viele positive Ansätze. Es lasse sich jedoch nicht leugnen, daß die gesellschaftlichen Verhältnisse weithin von einer „strukturellen Rücksichtslosigkeit“ gegenüber Familien und Kindern geprägt seien. Darum müsse die Frage lauten, ob man dem Ziel einer kinderfreundlichen Gesellschaft in den letzten Jahren nähergekommen sei. Die Vielfalt betroffener Politikfelder werde kinderpolitisch anhand zweier grundlegender Leitlinien angegangen: Stärkung der Rechte des Kindes und praktische Durchsetzung von mehr Kinderfreundlichkeit. Die Erfahrungen zeigten, daß praktische Verbesserungen in der unmittelbaren Lebensumgebung von Kindern ein enges Zusammenwirken der verschiedenen Verantwortungsebenen verlange, wobei der Ortsebene eine entscheidende Bedeutung zukomme. In enger Abstimmung mit der „Konferenz der Kinderbeauftragten in Nordrhein-Westfalen“, der inzwischen 30 kommunale Kindervertretungen und fünf Vertretungen aus dem Bereich freier Träger angehören, habe die Landesregierung die für alle Politik für Kinder entscheidenden „Leitfragen“ entwickelt, die als politische Handlungsmaßstäbe konkretisieren, was Kinderfreundlichkeit praktisch bedeute. Neben der Konferenz der Kinderbeauftragten und ihren regelmäßigen Sitzungen habe eine ressortübergreifende Projektgruppe die kinderpoli-



Zum Gruppenbild im Bernardussaal des Grevenbroicher Rathauses aufgestellt (v.l.): Dr. Reinald Eichholz, Kinderbeauftragter der Landesregierung, Bernd Flessenkemper (SPD), Antonius Rösenberg (CDU), Ausschußvorsitzender Erich Heckelmann (SPD), Beate Scheffler (BÜNDNIS 90/GRÜNE) und Staatssekretär Dr. Wolfgang Bodenbender. Foto: H. Reinecke

tische Meinungsbildung innerhalb der Landesregierung gefördert. Abschließend stellte Eichholz fest, daß Kinderfreundlichkeit nicht abstrakt, sondern nur durch eine frühzeitige und engagierte Beteiligung von Kindern, zum Beispiel bei Fragen der Spielflächengestaltung oder im Rahmen der Bebauungsplanung, erreicht werde.

Im Anschluß an diesen Bericht stellten einzelne Kinderbeauftragte beispielhafte Initiativen verschiedener Städte vor: Kinterinteressen in neuen Steuerungsmodellen am Beispiel der Planungsgruppe „Kinderfreunde“ in Herten und der „Kontaktstelle Kinder“ in Aachen, Berücksichtigung von Kinderinteressen bei der Bebauungsplanung der Stadt Köln, Kinderberichte als Impuls für die Stadtentwicklung der Stadt Essen, Formen der Kinderbeteiligung im Rahmen der Spielraumentwicklung in Hamm und in verkehrsberuhigten Bereichen in Bochum sowie das Instrument „Kinderparlament“ am Beispiel der Stadt Dormagen. Im Mittelpunkt der Diskussion standen Fragen nach den Widerständen, die Kinderbeauftragten im Rahmen ihrer Arbeit erfahren und wo der Ausschuß Hilfestellungen bei der

Durchsetzung von Vorhaben leisten könne. Nach eigener Einschätzung erfahren die Kinderbeauftragten Widerstände von Privatleuten, etwa bei Beschwerden über Lärm, aber auch aus der Verwaltung oder der Politik heraus. Diese Widerstände seien häufig auf Interessenkollisionen, aber auch häufig auf Unwissenheit über die Sichtweise von Kindern zurückzuführen. Es wurde eingeräumt, daß Hindernisse in den Verwaltungen häufig durch persönliche Kontakte und Gespräche, und zwar möglichst im Anfangsstadium einer Planung zu beseitigen sind.

★

Am Schluß der Sitzung in Grevenbroich verabschiedeten der Ausschuß und die Konferenz der Kinderbeauftragten die auf der folgenden Seite abgedruckte gemeinsame Erklärung zum Thema „Kinder und Werbung“. Zuvor bedankte sich der Ausschußvorsitzende bei der Ausschußreferentin für die hervorragende fachliche und organisatorische Vorarbeit für den Ausschuß. Für die stets schnelle Erledigung des Ausschußprotokolls bedankte sich Erich Heckelmann beim Stenographen Uwe Scheidel.

„Vor nunmehr zwei Jahren sind in Deutschland durch Berichte in Zeitungen, im Rundfunk und im Fernsehen die menschenunwürdigen Lebensverhältnisse von Kindern und Jugendlichen in den Gefängnissen und der Straßenkinder von St. Petersburg bekanntgeworden.

Seitdem leisten der Verein Psalm 23 e.V. in Aachen und das Institut für soziale Arbeit e.V. in Münster für diese Kinder und Jugendlichen humanitäre Hilfe insbesondere durch Schaffung von sogenannten Fluchtbürgen für haftentlassene Kinder und durch Verbesserungen der Lebensbedingungen in den Gefängnissen und auf der Straße. Für diesen vorbildlichen Einsatz spricht der Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie des Landtags Nordrhein-Westfalen beiden Vereinen seinen Dank aus.

Zu Beginn dieses Jahres hat sich der Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie in Gesprächen mit offiziellen Vertretern aus St. Petersburg und des Vereins Psalm 23 über die aktuelle Situation und Möglichkeiten einer aktiven Unterstützung der Arbeit informiert.

### St. Petersburg

*Resolution des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familie des Landtags Nordrhein-Westfalen zur Situation von Kindern und Jugendlichen in den Gefängnissen von St. Petersburg:*

Nach diesen Gesprächen fordert der Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie erneut eine generelle Schließung der Gefängnisse für Kinder und Jugendliche; wenigstens sollen aber die Haftbedingungen verbessert werden. Neben der Verbesserung der räumlichen, hygienischen und medizinischen Verhältnisse erkennt der Ausschuß insbesondere auch die Notwendigkeit der Schaffung von beruflichen Perspektiven für die Zeit nach der Haftentlassung sowie geeigneter Freizeitangebote. In der Strafanstalt Kolpino ist die Einrichtung einer Ausbildungswerkstatt für holzverarbeitende Berufe und das Maurerhandwerk geplant. Obwohl die entsprechende Genehmigung der russischen Behörden vorliegt, die räumlichen Vorausset-

zungen gegeben sind und geeignetes Lehrpersonal zur Verfügung steht, konnte das Vorhaben bislang aufgrund fehlender technischer Ausrüstungen noch nicht realisiert werden. Darüber hinaus ist der Bau einer Sportanlage geplant; auch hierfür fehlen die notwendigen Einrichtungsgegenstände bzw. finanziellen Mittel.

Der Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie des Landtags Nordrhein-Westfalen hat für die Realisierung dieser Vorhaben seine Hilfe zugesagt. Er bittet in diesem Zusammenhang die Bundesregierung, die Landesregierung sowie die Privatwirtschaft, im Rahmen der jeweiligen Zuständigkeiten und Möglichkeiten die Einrichtung einer Ausbildungswerkstatt und einer Sportanlage zu unterstützen. Bundes- und Landesregierung werden darüber hinaus aufgefordert, sich auf der politischen Ebene weiterhin für eine Auflösung der Kindergefängnisse und für die Schaffung bzw. Unterstützung von Einrichtungen, in denen Kinder und Jugendliche ihren Bedürfnissen entsprechend betreut werden, einzusetzen.“

Das Thema „Kinder und Fernsehen“ hat den Landtagsausschuß für Kinder, Jugend und Familie und die Konferenz der Kinderbeauftragten in Nordrhein-Westfalen im Rahmen ihrer jeweiligen Aufgaben in der zu Ende gehenden Legislaturperiode wiederholt beschäftigt. Dies sollte unterstreichen, daß die Medien zu einer der entscheidenden Rahmenbedingungen heutiger Kindheit geworden sind. Ihre verantwortliche Gestaltung kann einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, daß unsere Gesellschaft kinderfreundlicher wird.

Anläßlich der gemeinsamen Sitzung am 23. März 1995 in Grevenbroich sind der Landtagsausschuß und die Konferenz der Kinderbeauftragten übereingekommen, sich noch einmal dezidiert zu Thema „Kinder und Werbung“ zu äußern und ihre Auffassung den unmittelbar Verantwortlichen zur Kenntnis zu bringen.

Die Werbung im Fernsehen hat existenzielle Bedeutung für unser Rundfunk-

● Werbung kann für die (mit-)produzierenden Kinder nachhaltige Störungen des Selbstbildes bewirken.

Der Landtagsausschuß und die Konferenz der Kinderbeauftragten treten daher für eine sozial verantwortliche Werbung ein, in der sich legitime kommerzielle Interessen mit sozialer Verantwortung verbinden. Handlungsleitend muß vor allem die vielfach bestätigte Erkenntnis sein, daß Kinder Werbung und Programm in der Regel erst im Alter von 10 bis 12 Jahren zuverlässig unterscheiden können und sie auch danach ihre Autonomie gegenüber Werbeeinhalten erheblich überschätzen. Allein dies kann ein generelles Werbeverbot in Kindersendungen und deren Umfeld rechtfertigen.

Mindestanforderungen an eine sozial verantwortliche Werbung sind:

● Klare Trennung von Werbung und Programm durch eindeutige visuelle und akustische Signale;

## Kinder und Werbung

system. Das Interesse, dabei auch den Markt der Kinder zu erreichen, ist unverkennbar. Für Kinder sind damit jedoch erhebliche Risiken verbunden, insbesondere:

● nicht als solche erkennbare Werbung kann den Sinn für individuelle und gesellschaftliche Lebensrealität trüben;

● Werbung fasziniert; sie kann, vor allem als Werbung mit Kindern, überrumpeln und die Unerfahrenheit von Kindern ausnutzen;

● Werbung kann ein Übermaß an Konsumwünschen erzeugen, deren Unerfüllbarkeit vor allem sozial benachteiligte Kinder ausgrenzt;

● Werbung kann durch Klischees zu verhängnisvollen Rollenfixierungen beitragen, die ein unbefangenes Zusammenleben insbesondere der Geschlechter und unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen erschweren;

● Werbung kann Patentlösungen für persönliche und zwischenmenschliche Konflikte suggerieren, die Dialog- und Problemlösungsbereitschaft im Alltag untergraben;

● Werbung kann die eigene Phantasie der Kinder beeinträchtigen;

● Bekanntgabe der Werbesendezeiten in Programmzeitschriften;

● Keine (verstärkte) Werbung für Kinderprodukte in Kindersendungen;

● Keine Werbung mit Kindern für Kinder;

● Kritische Überprüfung von Werbung im Hinblick auf Rollenklischees, soziale Patentlösungen, Diskriminierungen und Gewalt;

● Stärkere zeitliche Begrenzung von Werbung in Kindersendungen und deren Umfeld;

● Restriktive Genehmigungspraxis für die Mitwirkung von Kindern bei der Produktion von Werbespots;

● Verzicht auf Werbung im gebührenfinanzierten öffentlich-rechtlichen Fernsehen.

Der Landtagsausschuß für Kinder, Jugend und Familie und die Konferenz der Kinderbeauftragten sind sich einig, daß eine Stärkung alternativer Angebote für Kinder, ein kindgerechtes Wohnumfeld, nicht zuletzt aber auch verbesserte medienpädagogische Angebote die problematischen Auswirkungen des Fernsehens – auch der Werbung – erheblich mindern können.

Dafür treten sie gemeinsam ein.

## Garzweiler II...

Fortsetzung von Seite 5

**Laurenz Meyer** (CDU) warf Clement vor, die Öffentlichkeit für dumm zu verkaufen. Der Chef der Bergbaugewerkschaft habe Dr. Linssen für seinen Einsatz gedankt. Er selbst und die SPD hätten in Bonn zugestimmt und stänkerten jetzt im Land. Im Grunde hätten sie keinen Kompromiß vor der Wahl gewollt.

**Professor Friedhelm Farthmann** (SPD) sah als Hauptursache an, daß Bonn ein Wort gebrochen und den 20 Jahre lang gezahlten Betrag jetzt die Ruhrkohle übernommen habe.

**Dr. Manfred Busch** (GRÜNE) hielt es für Heuchelei, wenn die SPD Kohlesubventionen nach dem Artikelgesetz ab 1999 in Frage stelle und den Menschen nicht sage, daß der Bergbau keine Zukunft habe. Die SPD glaube auch nicht mehr an den Ausstieg aus der Atomenergie.

**Hagen Tschöeltsch** (F.D.P.) betonte mit Nachdruck, die F.D.P.-Position bei der Kohlefinanzierung habe sich durchgesetzt. Wie vereinbart, würden bis zum Jahr 2000 sieben Milliarden Mark pro Jahr gezahlt. Danach würden Subventionen abgebaut.

Franz-Josef Pangels (CDU), Heinrich Kruse (CDU) und Johannes Sondermann (SPD) gaben nach der Aussprache persönliche Erklärungen zu ihrer Abstimmung ab (Zusammenfassung in der nächsten Ausgabe).

## Kinder sehen fern

1993 betrug die tägliche Fernsehzeit für Kinder zwischen sechs und 13 Jahren durchschnittlich 106 Minuten. Dies geht aus der Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Beate Scheffler (GRÜNE) hervor. Demnach habe sich gegenüber 1992 die tägliche Fernsehzeit von Kindern kaum erhöht. Auffallend sei, daß die Angebote an Kindersendungen „deutlich gestiegen“ sind und daß zunehmend auch „Erwachsenen-Sendungen“ von Kindern konsumiert würden. Um diesem Trend zu begegnen, unterstütze die Landesregierung Projekte, die einen „sinnvollen Umgang mit Medien“ ermöglichten. Außerdem würden die Jugendschutzbestimmungen im Rundfunkbereich verbessert (Drs. 11/8452).



Abschied genommen vom Sportausschuß und vom Landesparlament haben auf der letzten Sitzung am 23. März der Ausschußvorsitzende Hans Rohe (SPD, Mitte), der stellvertretende Vorsitzende Dr. Reiner Klimke (CDU, zweiter von links) und Manfred Braun (SPD, zweiter von rechts). „Sportminister“ Hans Schwier (SPD, rechts) überreichte den verdienten Mitgliedern zum Abschied einen Tischwimpel; an der Ehrung nahm (links) auch Dr. Hans-Hermann Bentrup, Staatssekretär im Umweltministerium, teil. Rohe leitete den Ausschuß seit 1980, Dr. Klimke war seit Beginn der jetzt ablaufenden Wahlperiode stellvertretender Vorsitzender; Manfred Braun gehörte dem Ausschuß als Mitglied seit Juni 1980 an. Foto: Schälte

Marie-Luise Morawietz erinnerte an teilweise sehr kontroverse Beratungen, etwa bei der Neuregelung des Paragraphen 218. Jedoch sahen die Auseinandersetzungen immer sachlich und fair ausgetragen worden. Vor allem aber sei man bemüht gewesen, Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten, ohne „faule Kompromisse“ zu schließen. Außer der Rechtslage bei Schwangerschaftsabbrüchen hätten den Ausschuß fol-

## Subventionsbericht

### Zweitgrößter Etatblock

In seiner letzten Sitzung der 11. Wahlperiode wird sich der von Franz Riscop (CDU) geleitete Haushalts- und Finanzausschuß am 27. April u. a. mit dem vom Finanzministerium vorgelegten 14. Subventionsbericht des Landes NRW beschäftigen.

Der 14. Subventionsbericht enthält die Finanzhilfen des Landes für den Zeitraum 1991 bis 1998 sowie die Steuervergünstigungen und soll dem Parlament und der Öffentlichkeit Aufschluß über Umfang und Entwicklung von Fördertiteln geben.

Der vom Titel her eher trockene „Zahlenfriedhof“ ist nicht nur für Finanzpolitiker eine hochinteressante Lektüre: Er gibt Einblick in den — abgesehen von den Personalausgaben — größten Ausgabenblock im Landeshaushalt. Alle Transferleistungen zusammen machten 1994 rund ein Drittel des gesamten Haushaltsvolumens aus.

Unter Subventionen werden alle geldwerten Staatsleistungen in Form von direkten Zuwendungen oder von Einnahmeverzichten zugunsten bestimmter Gruppen, Unternehmen und privater Haushalte verstanden. Subventionen sind einerseits Finanzhilfen: Geldleistungen des Landes an private und öffentliche Unternehmen mit dem Ziel, Produktion oder Leistung zu erhalten oder an neue Bedingungen anzupassen (Erhaltungs- und Anpassungshilfen) sowie den Produktivitätsfortschritt und das Wachstum zu fördern (Produktivitätshilfen) und Steuervergünstigungen andererseits, d. h. Steuermindereinnahmen für das Land.

Im Jahr 1994 hat das Land NRW insgesamt 6766,3 Millionen Mark an Subventionen gewährt. Rund 3,7 Milliarden Mark wurden für Finanzhilfen ausgegeben. Das Schwergewicht der Förderung lag bei den Aufgabenbereichen Bergbau, Stahl und Energiewirtschaft, regionale Strukturmaßnahmen, Wohnungswesen sowie Verkehr, zusammen rund 86 Prozent aller Finanzhilfen. Den Unternehmen kamen davon 78,8 Prozent zugute.

Der Gesamtumfang der Steuervergünstigungen (Bundes- und Landesanteil) für Betriebe und private Haushalte in NRW betrug im Jahr 1994 rund 7,4 Milliarden Mark. Dabei fallen besonders die Abzugsmöglichkeiten für eigen genutztes Wohneigentum mit 863,4 Millionen Mark ins Gewicht. Die Steuervergünstigungen für die Förderung der gewerblichen Wirtschaft sind seit 1991 um fast 1,3 Milliarden auf 1682 Millionen Mark zurückgegangen. S. W.

## Bilanz, Lob und Abschied im Frauenausschuß

### Gemeinsamkeiten ohne faule Kompromisse

In seiner letzten Sitzung zog der Ausschuß für Frauenpolitik unter der Leitung seiner Vorsitzenden, Marie-Luise Morawietz (SPD), am 24. März Bilanz über die Arbeit der vergangenen fünf Jahre. Der ausscheidenden Vorsitzenden wurde von den Sprecherinnen aller Fraktionen für ihre vorbildliche Ausschußführung gedankt.

gende Themen beschäftigt: Frauen in der Landwirtschaft und im ländlichen Raum, Frauenförderung im öffentlichen Dienst und in der Wirtschaft, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Stadtentwicklung/Wohnungsbau für Frauen, Gewalt gegen Frauen und in der Familie, Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen, Situation ausländischer Frauen, Landesaltenplan, Fortpflanzungsmedizin, Frauen in der Weiterbildung sowie „Frauen im Sport“.

Nicht durch Zahlen zu belegen, aber deutlich spürbar sei die enorme Bewußtseinsveränderung bei den Kollegen. Die Querschnittsaufgabe des Ausschusses für Frauenpolitik sei inzwischen anerkannt, seine Beschlüsse und Empfehlungen würden akzeptiert und häufig sogar gemeinsam mit den entsprechenden Fachausschüssen in fairer Partnerschaft vorbereitet; dies lasse sie hoffnungsvoll in die Zukunft blicken. Allerdings brauche man keine Prophetin zu sein, um vorauszusagen, daß aufgrund des noch enger werdenden finanziellen Rahmens auch die Mitglieder des Frauenausschusses hin und wieder „härtere Bandagen“ brauchten, um die als richtig und notwendig erkannten Forderungen durchsetzen zu können.

In ihrem Resümee betonte Brigitte Speth (SPD) ebenfalls die ausführlichen, dennoch fristgemäß abgeschlossenen Beratungen und die sehr gute Zusammenarbeit im Ausschuß, die maßgeblich der Vorsitzenden und ihrer ausgleichenden Führung zu verdanken sei. Trotz aller politischen Unterschiede habe der Ausschuß stets eine gute Debatte geführt und letztlich sei es erfreulich, daß der Landtag „weiblicher“ geworden sei.

Regina van Dinther (CDU) beurteilte Arbeit und Erfolg des Ausschusses im Rückblick ebenfalls positiv. Der Vertreterin der Grünen-Fraktion Marianne Hürten dankte sie für die Vielzahl der vorgelegten Anträge, die den Ausschuß zu regen Diskussionen angeleitet hätten. Für ihren Kollegen Karl Nagel müsse Ersatz gefunden werden, der als einziger männlicher Vertreter der CDU im Ausschuß und auch in der Fraktion für die Interessen von Frauen gekämpft habe.

Auch Ruth Witteler-Koch (F.D.P.) dankte der Vorsitzenden für ihre Amtsführung mit viel Wärme und Menschlichkeit sowie dem Bemühen um Ausgleich. Für die Zukunft gehe sie davon aus, daß es kein Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann mehr gebe. Für den Fortbestand des Ausschusses für Frauenpolitik werde sie sich dagegen einsetzen. In allen Ausschüssen solle es mehr engagierte Frauen geben.

Anders als Ruth Witteler-Koch gab Marianne Hürten ihrer Hoffnung auf ein größeres und vor allem stärkeres Frauenministerium Ausdruck, das um die Bereiche Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik erweitert werde. Dies würde auch zu einer Stärkung des Ausschusses beitragen. Marie-Luise Morawietz zu ersetzen, werde sicher nicht leicht. Der Frauenausschuß arbeite, wie es „außen“ erwartet werde: statt künstliche Grenzen zu ziehen, trage er die Belange der Frauen fraktionsübergreifend vor.

Die Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann, Ilse Ridder-Melchers, lobte die hervorragende Kooperation mit der Vorsitzenden, die durch gute Organisation, Geschick und Geduld geprägt gewesen sei.



Der Ausschuß für Frauenpolitik, Vorsitzende Marie-Luise Morawietz (SPD, 4. v.l.), hofft auch im neuen Landtag auf gute Zusammenarbeit. Mehr als in anderen Ausschüssen prägte das Interesse an der gemeinsamen Sache die Beratungen, bei denen es allen vier Fraktionen um die Schwierigkeiten von Frauen ging. Aus dem Ressort der Gleichstellungsministerin Ilse Ridder-Melchers (SPD, 2. v.r.) und aus den anderen Ressorts der Landesregierung förderten die Ausschußmitglieder eine Fülle von Aspekten und Informationen zutage, die Benachteiligungen von Frauen erkennen ließen (v. l. die frauenpolitischen Sprecherinnen von CDU, Grünen und F.D.P. Regina van Dinther, Marianne Hürten, Ruth Witteler-Koch, v.r. neben der Ministerin Anne-Hanne Siepenkothen, Karl Nagel, beide CDU, Helga GieBelmann, Jürgen Jentsch, beide SPD, ganz r. Gisela Lehwald, SPD). Foto: Schälte

## SPD-Fraktion

### Neuorganisation der Polizei erhält gute Noten

„Die Neuorganisation der Polizei ist erfolgreich eingeleitet worden.“ Dieses Fazit zog der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Stefan Frechen, nach dem Sachverständigengespräch im Innenausschuß des Landtags. „Die Erfahrungsbasis ist noch zu schmal, um ein endgültiges Urteil fällen zu können. Schließlich sind die letzten Kreispolizeibehörden erst vor einigen Monaten neu strukturiert worden“, stellte Frechen fest. „Aber gerade die Polizeibehörden mit der längsten Erfahrung, wie z. B. die Kreispolizeibehörden in Gütersloh und Soest oder das Polizeipräsidium Bochum gaben der neuen Organisa-

tionsstruktur insgesamt gute Noten“, erläuterte Frechen weiter. Die angestrebten Ziele „mehr Polizisten an der Ecke“, „spezialisierte Bekämpfung der Schwerekriminalität“, „bessere Verzahnung von Schutz- und Kriminalpolizei“, „Straffung der Verwaltungsarbeit“ werden offenbar erreicht, betonte Frechen. Die durch den Bezirksdienst erreichte sehr viel stärkere Präsenz von Polizeibeamten werde von allen Seiten als positiv beurteilt. Der Bürger erkenne den sehr viel höheren Anteil an offener Polizeipräsenz. Die Beamten seien höher motiviert. Durch die Einrichtung der „zentralen Kriminalitätsbekämpfung“ und die zivilen Einsatztrupps sei eine deutlich stärkere Schlagkraft bei Strafverfolgung und Prävention erreicht worden. Das lasse sich an der gestiegenen Zahl der Festnahmen ablesen. Nicht nur hier habe sich die Integration der Funktionsbereiche Schutz- und Kriminalpolizei als positiv herausgestellt. Die Kreispolizei-

behörden wünschten sich allerdings vor allem mehr eigene Gestaltungsspielräume, vor allem bei der Bewirtschaftung von Haushaltsmitteln. „Hier müssen wir uns der Frage zuwenden, ob weitere Entbürokratisierung möglich ist“, gab Frechen einen Ausblick auf die weitere Arbeit.

★

Die Hochschulgesetze des Landes sollten dahingehend ergänzt werden, daß entsprechend dem Anfang 1994 in Kraft getretenen Hochschulgesetz die Studentenschaft auch berechtigt ist, „zu allen Fragen Stellung zu nehmen, die sich mit der gesellschaftlichen Aufgabenstellung der Hochschulen sowie mit der Anwendung der wissenschaftlichen Erkenntnisse und der Abschätzung ihrer Folgen für die Gesellschaft und die Natur beschäftigen. Diese Auffassung vertritt der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Karl Schultheis, nach einer öffentlichen Anhörung zur Erweiterung des Aufgabenkatalogs der Verfaßten Studentenschaften.

## CDU-Fraktion

### Abschiebestopp: Schnoor für rechtswidriges Handeln

„Es ist absolut unverständlich, daß Landesinnenminister Schnoor angesichts des täglichen PKK-Terrors gegen türkische Einrichtungen und Einzelhandelsgeschäfte weiterhin einseitig die Sache kurdischer Extremisten zu vertreten scheint.“ Das hat der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Helmut Linssen, erklärt. Mit seinem Beschluß, den Abschiebestopp bis zum 12. Juni zu verlängern, setzt sich Schnoor über geltendes

Recht und über die jüngste Rechtsprechung hinweg. Erst wenige Tage zuvor hatte der 12. Senat des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes klipp und klar gesagt, daß Hessen — und damit jedes andere Bundesland — keine Möglichkeit hat, den bis zum 15. März geltenden Abschiebestopp einseitig zu verlängern. Damit ist selbstverständlich auch klar, daß die Länder keinen neuen Abschiebestopp aussprechen dürfen.“ Der von Schnoor erklärte Abschiebestopp sei unwirksam und habe für die nordrhein-westfälischen Ausländerbehörden keinerlei bindende Wirkung. Er bedeutet vielmehr eine Aufforderung des Juristen Schnoor zu rechtswidrigem Handeln.

Zur Forderung Schnoors, abgeschobenen Kurden die Möglichkeit zu eröffnen, einen

Anwalt zu kontaktieren, erklärte Linssen: „Der Innenminister verlegt sich jetzt offenbar auf mühsam kaschierte Rückzugsgefechte, nachdem er erkannt hat, daß er mit seinem Kollisionskurs wieder einmal gescheitert ist. Es ist überhaupt nicht erkennbar, warum Kurden nicht heute schon die Möglichkeit haben sollten, einen Anwalt zu beauftragen. Der Neuigkeitwert der Nachricht kann also nur darin bestehen, daß die Betreuung aller abgeschobenen Kurden durch türkische Rechtsanwälte vom deutschen Steuerzahler finanziert wird.“

\*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.

## F.D.P.-Fraktion

### Türken verlieren Vertrauen in Polizei

Nach der beispiellosen Anschlagserie auf türkische Einrichtungen und Geschäfte fragen sich die in NRW lebenden Türken zu Recht, ob die nordrhein-westfälische Polizei nicht in der Lage oder nicht willens ist, sie vor den radikalen Kurden zu schützen. Wenn dann auch noch SPD-Innenminister Herbert Schnoor entgegen den Vorgaben der Bundesregierung den Abschiebestopp für kurdische Asylbewerber einseitig verlängert, dann wird dies als Ermunterung an die Kurden aufgefaßt, ihren Bürgerkrieg ungestraft

auf nordrhein-westfälischem Boden auszuüben.

Der Leiter des Zentrums für Türkeistudien an der Universität Essen, Faruk Sen, hat dem SPD-Innenminister des Landes vorgeworfen, er gefährde die Sicherheit der türkischen Mitbewohner an Rhein und Ruhr. Sen warf dem Minister außerdem vor, zu wenig Fahndungsdruck auf die etwa 1500 sich in Nordrhein-Westfalen aufhaltenden PKK-Kämpfer auszuüben. Wenn aber auch noch der Leiter der Polizeiabteilung des Innenministeriums in der WDR-Sendung Westpol erklärt, man könne die PKK-Angehörigen ja schließlich nicht alle verhaften, dann verkennt er als Vertreter der Landesregierung, daß bereits die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung nach unserem Strafgesetzbuch strafbar ist (§ 129a StGB). Außerdem sind die PKK-Stützpunkte, rund 20 in Nordrhein-Westfalen,

der Polizei bekannt. Eine bessere Beobachtung und energisches Eingreifen wären möglich, wenn man denn wollte.

Der Kurs der SPD-Landesregierung gegen die Asylpolitik der Bundesregierung verstößt außerdem gegen die Pflicht zur Bundestreue. Wieder einmal versucht die SPD-Landesregierung, ihre eigene Außenpolitik zu betreiben und sich in das Verhältnis zwischen Deutschland und der Türkei einzumischen. Die Vorstellung von Herbert Schnoor, er, der Innenminister eines deutschen Bundeslandes, könne auf das türkische Prozeßrecht einwirken, ist absurd und abenteuereich. Man hat den Eindruck, daß die Frage, wie behandelt die Türkei abgeschobene Straftäter und abgelehnte Asylbewerber, für Herbert Schnoor wichtiger ist, als die Frage, wie garantiert die Landesregierung die Sicherheit der türkischen Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen.

## DIE GRÜNEN-Fraktion

### Bildung ist wichtig, aber...

Natürlich weiß die Landesregierung über den Unmut an den Schulen. Und unbekannt ist ihr auch nicht, daß die Qualitätssicherung an den Schulen und die Steigerung der Schülerzahlen in den nächsten Jahren die Einstellung von mehr Lehrerinnen und Lehrern erfordert. Und zwar in einem ganz anderen Umfang als es von der SPD-Regierung geplant ist. Aber die SPD setzt in NRW andere Prioritäten. Hunderte von Millionen fließen in den Straßenneubau, in unsinnige Großprojekte und Wirtschaftsförderungsmaß-

nahmen, die keinen einzigen Arbeitsplatz bringen.

Doch das kann so nicht ausgesprochen werden, auch weil am 14. Mai Landtagswahlen sind. Also teilt die Rau-Regierung auf eine Kleine Anfrage der grünen Abgeordneten Brigitte Schumann mit, daß sie den Bildungsbereich bei ihrer Haushaltspolitik angemessen berücksichtigen will. Zugleich will sie alle anderen Möglichkeiten nutzen, einen angemessenen Qualitätsstandard des Schulwesens bei wachsenden Schülerzahlen zu sichern.

Das heißt wohl auf Deutsch: Genaues weiß oder sagt man nicht. Die Grünen im Landtag dazu: „Die Auskünfte aus dem Kultusministerium zur Sicherung der Bildungsstandards bleiben verschwiegen wie eh und je. Auch ein Stellenabbau wird nicht grundsätzlich ausgeschlossen.“ Auslöser für die Frage von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN war der Vorschlag von Finanzmini-

stern der Bundesländer, angesichts der Haushaltsentwicklung die Bildungsstandards auf das Jahr 1980 zurückzuführen. In einer Modellrechnung hat das Kultusministerium errechnet, daß dann in NRW die Stellenzahl um 16800 und damit um 12,1 Prozent niedriger läge als im Haushalt 1995. Das wäre für die Schulen eine Katastrophe.

Nach Auffassung der Grünen kann sich die Landesregierung nicht länger hinter dem Dialog der Lehrerverbände verschanzten. Denn die Lehrerverbände haben erkannt, daß sich die Landesregierung über die Wahl retten will, ohne sich auf etwas zu verpflichten. Sie fordern ein klares mittel- und langfristiges Bildungsfinanzierungskonzept.

Die grüne Abgeordnete Brigitte Schumann dazu: „Wir unterstützen diese Forderung. Die Karten müssen auf den Tisch! Die Schulen dürfen nicht alleingelassen werden.“

## Torloser Saisonauftakt

Torlos unentschieden endete das erste Spiel des FC Landtag in der Saison 1995. Gegner waren im Oberhausener Volksparkstadion die Jusos, die zum Friedensfest geladen hatten. Der Platz war trotz des strömenden Regens vom Vormittag insgesamt gut bespielbar, nach der monatelangen Pause lief es jedoch nicht rund beim FCL. Nur wenige geglückte Spielzüge waren zu registrieren, die das spielerische Potential der Landtagsmannschaft andeuteten. Den Mannschaftsteilen fehlte die Bindung zueinander, die Abwehr übte zeitweise das Schwimmen; dem Angriff fehlte die Zugkraft, der letzte Biß, so daß auch kapitale Chancen nicht verwertet werden konnten. Vielleicht hätten die Routiniers Herder, Kraft, Kern, Langen für die Feineinstellung des stotternden Motors gesorgt und dem Ganzen den parlamentarischen Schriff gegeben. Phasenweise nistete sich der FCL regelrecht ein in die Juso-Hälfte, andererseits vergaben aber auch die Jusos eine sogenannte hundertprozentige Chance, und sie initiierten die spektakulärste Szene des gesamten Spiels: halbhohe Flanke von rechts, ein wunderbarer Volleyschuß aus 12 Metern, der direkt unter der Latte eingeschlagen hätte, wenn nicht Hüllecremer im FCL-Tor reaktionsschnell die Fäuste hochgerissen und geklärt hätte. So gesehen geht das Unentschieden trotz Feldüberlegenheit der Landtagsmannschaft doch in Ordnung, auch wenn für den FCL mehr dringewesen wäre. Positiv gewendet: ein Punktgewinn auf Gegners Platz zum Saisonauftakt.

## Plenarsitzung

Die Fülle der Beratungsstoffe zum Ende der Legislaturperiode macht eine zusätzliche Plenarsitzung erforderlich, die am Dienstag, 25. April, stattfindet. Im Mittelpunkt stehen der Schlußbericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses III sowie der Zwischenbericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses II. Ferner wird sich der Landtag u. a. mit Schutz und Sicherung des Umweltmediums Boden befassen.

### LANDTAG INTERN

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebel  
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,  
Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),  
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner  
(Redakteurin), Telefon: (02 11) 884 23 03,  
884 23 04 und 884 25 45, btx: \*568 01#, FAX  
884 30 22

Ständiger Berater der Herausgeberin für „Landtag intern“: Friedhelm Geradets, Pressesprecher  
des Landtags

Redaktionsbeirat: Birgit Fischer MdL (SPD),  
Parlamentarische Geschäftsführerin; Heinz Hardt  
MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer;  
Hagen Tschoeltsch MdL (F.D.P.),  
Parlamentarischer Geschäftsführer; Beate Scheffler  
(GRÜNE), Abgeordnete; Hans-Peter Thelen  
(SPD), Pressereferent; Joachim Ludewig (CDU),  
Pressesprecher; Ulrich Marten (F.D.P.),  
Pressesprecher; Werner Stürmann (GRÜNE),  
Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Herstellung: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf  
ISSN 0934-9154

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend  
hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

## Porträt der Woche



Klaus-Dieter Völker (CDU)

Als gelernter Seidenweber begann Klaus-Dieter Völker seine politische Karriere, als Prokurist einer Bank wird der 57jährige sie spätestens nach Ablauf der nächsten Legislaturperiode beenden. Dazwischen liegen bewegte Jahre, beruflich und politisch.

Über die Jugenddorf-Bewegung kam Völker zur CDU, für einen Betriebsratsvorsitzenden war das Mitte der sechziger Jahre längst keine Selbstverständlichkeit.

Noch im selben Jahr, nämlich 1964, rückte er für die Partei in den Stadtrat von Haan ein. Zur großen Überraschung hatte Völker gleich beim ersten Anlauf den SPD-Altbürgermeister in dessen Wahlkreis geschlagen. Dieser Mann war auch Völkers Vorgänger als Betriebsratsvorsitzender gewesen.

Bei der Landtagswahl 1970 sprang Völker für einen anderen ein, der aus beruflichen Gründen passen mußte. Für die Partei war das ein Glücksfall, denn der „Neue“ holte den bis dahin sicheren SPD-Wahlkreis. 1975 gelang ihm das noch einmal.

Daß er sich in seiner ersten Legislaturperiode den Bereichen Arbeit und Soziales widmete, neben der Innenpolitik, lag aufgrund seiner Biographie nahe. Ab 1975 kümmerte er sich dann hauptsächlich um die Verwaltungsreform und den Städtebau.

1977 geriet die Textilfirma, in der Völker seit 25 Jahren beschäftigt war, ins Trudeln. Schließlich mußte sie Konkurs anmelden. Im Gläubigerausschuß traf der Betriebsratsvorsitzende Klaus-Dieter Völker seinen heutigen Chef — der war damals Vertreter der Gläubigerbank.

Banken hatte Völker bis dahin nur als Kunde erlebt. Zwar hatte er sich wegen der schlechten Zukunftsperspektive der Textilindustrie schon darauf eingestellt, einen anderen Job suchen zu müssen. Doch daß er, mit Volksschulabschluß und einer Weiterbildung zum REFA-Fachmann einmal bei einer Bank arbeiten würde, daran hatte er nicht im Traum gedacht.

Nach einer Trainee-Ausbildung bei der Deutschen Bank wurde er in der Wuppertaler Filiale verantwortlich für das Firmenkundengeschäft. Schwerpunkte sind dort nach wie vor die Sanierung und Abwicklung von Unternehmen. Und da kann Völker immer noch auf seine Erfahrungen als Arbeitnehmervertreter zurückgreifen, etwa wenn es um die Ausarbeitung von Sozialplänen geht. In diese Phase der beruflichen Neuorientierung fiel dann ein erster Rückschlag seiner politischen Karriere. 1980 verlor er seinen Wahlkreis knapp an die SPD. Da war es erst einmal vorbei mit der Arbeit in Düsseldorf. Denn auf der Landesliste war Völker nicht abgesichert. Ähnlich erging es ihm fünf Jahre später.

In dieser „landtagslosen“ Zeit konnte er sich dann noch stärker mit der Kommunalpolitik befassen. Schließlich ist er seit 1973 unter anderem Fraktionsvorsitzender seiner Partei im Kreistag von Mettmann.

1990 gelang ihm dann über die Landesliste wieder der Sprung ins Landesparlament. Doch es hätte sich viel geändert in der Zwischenzeit, meint Völker rückblickend. Mit dem Umzug in das neue Parlamentsgebäude seien die Arbeitsbedingungen der Abgeordneten zwar deutlich besser geworden, nicht aber das politische Klima.

Der Plenarsaal zum Beispiel trage nicht wie im alten Landtag zur Nähe bei. Im Gegenteil sei es trostlos für Redner, wenn der Saal, wie viel zu oft, mehr als halbleer sei. Bei seinem Neuanfang in Düsseldorf hätte sich Völker gern hauptsächlich mit der Haushalts- und Finanzpolitik beschäftigt, die Planungen seiner Fraktion sahen jedoch anders aus.

Und so blieb der Mann aus Haan bei den Themen Städtebau und Verwaltungsreform. Dafür schickte ihn seine Fraktion ins Landtagspräsidium. Doch da hatte sich Klaus-Dieter Völker etwas mehr Einflußmöglichkeiten erwartet. Grundsätzlich sollten Dinge, die die Abgeordneten betreffen, Sache des Präsidiums sein, meint Völker. Bis jetzt habe dieses Gremium keine wirklich politischen Rechte — und das sei wohl auch so gewollt. Ideen, was man ändern könnte, hat Völker schon. So stellt er sich viel häufiger Debatten über wirklich landespolitische Themen vor — anders als bislang, wo für ihn hauptsächlich Kommunal- und Bundespolitik die Diskussionen bestimmen.

Die Debatten müßten straffer geführt werden, und die Disziplin der Abgeordneten müsse steigen. Um die Anwesenheit seiner Kolleginnen und Kollegen zu gewährleisten, will Klaus-Dieter Völker ihnen auch ans Portemonnaie gehen. Nur erhebliche finanzielle Einbußen würden die Abgeordneten wieder ins Plenum zurückholen, meint er. Und das sei dringend notwendig. Denn er habe immer wieder „Manschetten“, wenn er eine Besuchergruppe einlade und befürchten müsse, daß die meisten Abgeordneten an Sitzungstagen irgendwo seien, nur nicht im Plenarsaal. Und das sei dann den Besuchern und Wählern kaum zu vermitteln. Die Partei- und Politikverdrossenheit würde so weiter zunehmen.

Ähnliche Auswirkungen sieht er auch bei der neuen Kommunalverfassung. Mit der Abschaffung der Doppelspitze und der Direktwahl hätten sich die Parteien ein Stückweit selbst aufgegeben und Populisten das Feld überlassen. Er habe Angst, daß bald der Karnevalsprinz eher Bürgermeister werden könne als eine qualifizierte Kraft.

Ralf Kapschack

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)

## Zur Person

### Geburtstagsliste

vom 5. April bis 4. Mai 1995

- 5. 4. **Karl Knipschild** (CDU), 60 J.
- 6. 4. **Maria Theresia Opladen** (CDU), 47 J.
- 6. 4. **Dr. Michael Vesper** (GRÜNE), 43 J.
- 7. 4. **Helmut Kupski** (SPD), 63 J.
- 7. 4. **Helmut Marmulla** (SPD), 62 J.
- 7. 4. **Paul Mohr** (CDU), 59 J.
- 7. 4. **Bärbel Wischermann** (CDU), 51 J.
- 8. 4. **Manfred Kuhmichel** (CDU), 52 J.
- 8. 4. **Johannes Pflug** (SPD), 49 J.
- 9. 4. **Wolfram Kuschke** (SPD), 45 J.
- 11. 4. **Manfred Ludwig Mayer** (SPD), 61 J.
- 13. 4. **Hildegard Matthäus** (CDU), 61 J.
- 15. 4. **Karl-Heinz Schnepel** (SPD), 63 J.
- 15. 4. **Dr. Andreas Reichel** (F.D.P.), 34 J.
- 16. 4. **Herbert Heidtmann** (SPD), 67 J.
- 16. 4. **Beate Scheffler** (GRÜNE), 43 J.
- 18. 4. **Heidi Busch** (CDU), 40 J.
- 19. 4. **Walter Neuhaus** (CDU), 63 J.
- 19. 4. **Wilhelm Riebinger** (CDU), 52 J.
- 20. 4. **Ingeborg Friebe** (SPD), 64 J.
- 20. 4. **Heinz Schleußer** (SPD), 59 J.
- 20. 4. **Lothar Hegemann** (CDU), 48 J.
- 21. 4. **Heinz Hunger** (SPD), 57 J.
- 21. 4. **Anne-Hanne Siepenkothen** (CDU), 46 J.
- 23. 4. **Charlotte Kann** (SPD), 58 J.
- 26. 4. **Friedel Meyer** (F.D.P.), 66 J.
- 26. 4. **Alfons Löseke** (CDU), 63 J.
- 30. 4. **Wilhelm Krömer** (CDU), 56 J.
- 4. 5. **Bärbel Höhn** (GRÜNE), 43 J.

★  
**Johannes Rau** (SPD), nordrhein-westfälischer Ministerpräsident, ist neuer Kuratoriumsvorsitzender des Ludwig-Steil-Hofes in Espelkamp im Kreis Minden-Lübbecke. Rau trat die Nachfolge von Bischof **Hermann Kunst** an. Der Ludwig-Steil-Hof ist eine evangelische Stiftung und wurde für ihre vorbildliche Integration von Aussiedlern mehrfach ausgezeichnet. Der Theologe Kunst war auch Mitbegründer der Stadt Espelkamp. Er wurde jetzt zum Ehrenvorsitzenden des Kuratoriums der Stiftung ernannt.

★  
**Jürgen Büssow** (SPD), Landtagsabgeordneter, ist als Nachfolger des verstorbenen SPD-Abgeordneten **Robert Schumacher** auf Vorschlag der SPD-Fraktion vom Landtag als Beisitzer in den Landeswahlausschuß berufen worden. Ferner wurde Büssow, ebenfalls auf Vorschlag seiner Fraktion, vom Parlament als stellvertretendes Mitglied in den Wahlprüfungsausschuß bestellt. Er folgt damit der Parlamentarischen Geschäftsführerin der SPD-Fraktion, **Birgit Fischer** nach, die für den ausgeschiedenen Abgeordneten **Reinhard Wilmbusse** zum ordentlichen Mitglied bestellt worden war.

★  
**Karl Knipschild** (CDU), Landtagsabgeordneter, begeht am 5. April seinen 60. Geburtstag. Der Verkaufsberater aus dem sauerländischen Schmallenberg, verheiratet und Vater von vier Kindern, ist gelernter Landwirt. Von 1964 bis 1967 war er Diözesanreferent der Katholischen Landjugend im Erzbistum Paderborn, anschließend Geschäftsführer des Amtsverkehrsverbandes Fredeburg. Knipschild gehört seit 1964 der CDU an, war Bürgermeister und Amtsbürgermeister und bis 1989 1. stellvertretender Bürgermeister von Schmallenberg. Im Landtag, dessen Mitglied er seit 1980 ist, leitet er seit der 10. Wahlperiode den Petitionsausschuß.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Der F.D.P.-Abgeordnete Rudolf Wickel ist mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse ausgezeichnet worden. Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (l.) überreichte in einer Feierstunde den vom Bundespräsidenten verliehenen Orden. Die Präsidentin erinnerte daran, daß Rudolf Wickel, auf dem Bild mit seiner Ehefrau (r.), seit zwei Wahlperioden Abgeordneter des Landtags sei. Und er sei ein sehr fleißiger Abgeordneter. Allein in der 10. Wahlperiode habe er 52 Kleine Anfragen an die Landesregierung gerichtet. Schwerpunktmäßig sei es hierbei um schulpolitische Fragen gegangen. Auch bei Plenardebatten sei der Abgeordnete ein wichtiger Redner für seine Fraktion gewesen. In der 11. Wahlperiode habe er bis heute in über 150 Redebeiträgen die Position seiner Fraktion vertreten. Als finanzpolitischer Sprecher liege einer seiner Arbeitsschwerpunkte im Haushalts- und Finanzausschuß. Die Präsidentin wies ferner auf seine Mitgliedschaft in der „Bonn-Kommission“ hin. Seit 1963 sei Rudolf Wickel Mitglied der F.D.P.



Mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ist der CDU-Abgeordnete Franz Püll aus Mülheim a. d. Ruhr ausgezeichnet worden. In einer Feierstunde überreichte Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (l.) den vom Bundespräsidenten verliehenen Orden. In ihrer Laudatio wies die Präsidentin darauf hin, daß Franz Püll bis vor 15 Jahren als nächstfolgender Bewerber auf der Landesreserveliste der CDU für den plötzlich verstorbenen Heinrich Köppler in den Landtag nachgerückt sei, dem er seitdem angehöre. Er habe über zehn Jahre im Petitionsausschuß mitgearbeitet. Einen weiteren Schwerpunkt habe er von Beginn an im Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen gesetzt. Der Vereinfachung des Baugenehmigungsverfahrens habe sein Einsatz gegolten, auch der Bekämpfung der Schwarzarbeit. Der heutige Vizepräsident der Handwerkskammer Düsseldorf sei 1969 in die CDU eingetreten. Das Bild zeigt Püll mit seiner Ehefrau (r.), hinten halblinks der Oberbürgermeister von Mülheim, Specht (CDU).